

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig monatlich 2 Reichsmark pro Quartal...

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Gold und Ritz“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierpreisliste 80 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 27. Januar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Bürgerblock-Durcheinander.

Die „Richtlinien“ vorzeitig veröffentlicht. — Die Deutschnationalen bestreiten, sie angenommen zu haben. — Sie verlangen fünf Portefeuilles, sonst bekommen sie wieder Grundsätze.

Berlin, 26. Januar. (Amstich) Nachdem der Herr Reichskanzler um 10 Uhr vormittags dem Herrn Reichspräsidenten über den Stand der Regierungsbildung Bericht erstattet hatte...

Im schärfsten Widerspruch zu dieser amtlichen Meldung erklärt jedoch die deutschnationale Reichstagsfraktion:

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion ist in die Beratung des Entwurfs von Formulierung eingetreten, die eine Grundlage für einzelne Punkte der künftigen Regierungserklärung bilden sollen...

Die amtliche Meldung spricht ausdrücklich von einem „Abschluss“. Sie spricht von „vereinbarten Grundsätzen“.

Inzwischen werden die Richtlinien als Ergebnis eines „Abschlusses“, einer „Vereinbarung“ den anderen Fraktionen vorgelegt!

Wer betrügt hier? Wer wird hier betrogen?

Für gestern Abend war die Veröffentlichung der zwischen den Bürgerblockparteien vereinbarten „Richtlinien“ angekündigt.

Die beabsichtigte amtliche Bekanntgabe der in den heutigen Verhandlungen des Herrn Reichskanzlers mit den Parteiführern festgestellten Vorschläge über Richtlinien einer künftigen Regierungspolitik...

Inzwischen aber hatte infolge eines peinlichen Regierfehlers die „Vossische Zeitung“ den Wortlaut veröffentlicht.

Richtlinien der künftigen Regierungspolitik.

1. Außenpolitik.

Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenseitiger friedlicher Verständigung. Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswertes von Locarno.

2. Verfassung.

Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform. Unbedingter Schutz dieser Verfassung in ihrer Gesamtheit...

3. Reichswehr.

Bezüglich der Reichswehr wird der entsprechende Teil der Rede des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1926 als maßgebend anerkannt.

4. Kulturfragen.

Es ist angeregt: Erlass eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechtes.

5. Sozialpolitik.

Leistungsfähige Förderung der Sozialreform. Ausbau und Vollendung des Arbeitsrechtes. Der nächste Schritt auf diesem Gebiet ist die Schaffung einer umfassenden Arbeiterschutzgesetzgebung...

Dringlich ist die Verabschiedung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

nahmen zur Verbesserung des Arbeitsnachweises. Ausbau und Verfahren der Sozialversicherung sollen nach Möglichkeit vereinfacht werden.

Die Lage der Invaliden muß verbessert werden. Für die Seeleute ist eine Krankenversicherung zu schaffen.

Entschlossene Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und Fürsorge für die Erwerbslosen mit allen zweckdienlichen Wirtschaft- und sozialpolitischen Mitteln.

Ueber die hier wiedergegebenen Formulierungen ist tagelang verhandelt worden.

Die deutschnationale Fraktion an wörtlichen Zugeständnissen herausgepreßt werden konnte. Obendrein behaupten sie jetzt, sie hätten bisher überhaupt noch gar nicht Ja gesagt.

Das ist keine „Erfindung sozialdemokratischer Heher“.

Von deutschnationaler Seite wird ausdrücklich betont, daß die Einigung über die Richtlinien für das Regierungsprogramm nur unter der Voraussetzung einer späteren Einigung über Personalfragen zustande gekommen ist.

Dringlich ist die Verabschiedung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Damit im Zusammenhang stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsnachweises.

Labour Party für China.

Protestresolution gegen die Truppenentsendung — dem Außenminister der Kanton-Regierung übermittelt!

London, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der gleichen Zeit, in der die Regierung zu einer frühzeitigeren Einberufung des Parlaments nicht zu bewegen war, hat die britische Arbeiterpartei beschlossen...

Die Antwort Chamberlains war nach unseren Informationen als nicht befriedigend anzusehen. Darauf traten die Mitglieder der obengenannten Körperschaften zu einer neuen Sitzung zusammen...

Diese Resolution ist von einem von den Vertretern der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung gezeichneten Nachwort begleitet, in dem die Führer der britischen Arbeiterbewegung betonen, daß sie alles, was in ihrer Macht steht, tun werden...

Auch die Unabhängige Arbeiterpartei hat eine überaus scharfe Resolution beschlossen, in welcher sie die Zurückziehung der militärischen Streitkräfte aus dem chinesischen Gewässer fordert.

Kriegsschiffe und Flugzeuge gehen ab.

London, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Admiralität teilt mit, daß das Flugzeugmuttergeschiff „Argus“ Befehl erhielt, sich nach China zu begeben.

Australien macht nicht mit.

London, 24. Januar. (SP.) Nach einer Meldung aus Melbourne hat die australische Regierung beschlossen, im Augenblick keine australischen Truppen nach China zu entsenden.

Aber, man wird sich schon einigen, man wird sich schon einigen.

Ueber den „nichtauthentischen“ Text einstweilen nur ein paar Worte. Um seinen Sinn richtig zu würdigen, müßte man die Verhandlungen genau kennen, die über ihn geführt wurden. Tagelang haben die Deutschnationalen an ihm heruntergehandelt. Im ersten Absatz zum Beispiel hieß es ursprünglich: „Uneingeschränkte Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerks von Locarno.“ Das Wort „uneingeschränkt“ wurde auf Wunsch der Deutschnationalen gestrichen. Das kennzeichnet den Geist, in dem der Rest angenommen wurde!

Es hat keinen Sinn, sich sonst mit Einzelheiten auseinanderzusetzen. Nicht nur, weil der Text noch nicht „authentisch“ ist, sondern weil die Deutschnationalen schon in dem Augenblick, in dem sie ihm zustimmen, entschlossen sind, ihn nicht ernst zu nehmen. Diese ganzen Verhandlungen mit ihren „positiven“ Ergebnissen — die nach der neuesten deutschnationalen Erklärung übrigens noch gar nicht existieren — sind nichts anderes als eine widerliche Komödie.

Und dennoch, welche Vorsicht bei der Formulierung der sozialpolitischen Versprechungen. Nichts vom Achtstundentag! Ratifizierung von Washington, wenn alle anderen ratifiziert haben! (Hintergedanke: Da könnt ihr lange warten!) Die aufgeschmierte weiße Salbe.

Die Deutschnationalen mögen immerhin das Gefühl haben, daß das Ganze für sie schwer zu schlucken ist. Es ist ja nur eine Zeremonie, aber es ist doch peinlich. „Schutz der Verfassung“, sogar der „verfassungsmäßigen Reichsfarben“. Da wird die deutschnationale Presse sich am Ende gar abgemöhnen müssen, die Worte „Schwarzrotgold“ in herabsetzender Weise zu verdrehen. Die Umsturzkaufel wird man fleißig gegen die Kommunisten verwenden, die längst ihre Umsturzträume ausgeträumt haben; aber der Gedanke, daß unter einem deutschnationalen Innenminister den Reaktionsverbänden ein Haar gekrümmt werden könnte, ist spaßig.

Behnliche Mästerade! Aber ist nicht Fasching? Und nach zwölf wird man sich demaskieren. Vielleicht schon früher!

Schon gestern abend gab es ja in der deutschnationalen Fraktion wegen der vorzeitig veröffentlichten „Richtlinien“ einen Krach, den man bis auf den Gang hinaus hörte.

Machen die Demokraten mit?

Die demokratische Reichstagsfraktion ist eingeladen, in den Bürgerblock einzutreten. Sogar sehr dringend. Die Deutsche Volkspartei hat Angst bekommen; sie will sich gegen die Schwarzen und die Blauen mit den Demokraten bewaffnen.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ meldet:

Die demokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Mittwoch abend eingehend mit den Richtlinien des Reichskanzlers, führte die Beratung jedoch noch nicht zu Ende, sondern vertagte sich auf Donnerstag vormittag. Der Fraktionsvorsitzende Koch wurde jedoch beauftragt, bereits am Donnerstag vormittag dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die sozialpolitischen Teile der Richtlinien in dieser Form für die demokratische Fraktion nicht annehmbar seien. Ein konfessionelles Schulgesetz könnten die Demokraten nicht mitmachen. Dem Kanzler soll weiter mitgeteilt werden, daß die Demokraten die Sicherung einer exportfördernden Handelsvertragspolitik verlangen sowie eine energische Förderung der Siedlungspolitik durch das Reich.

Im Reichstag rechnet man damit, daß die Demokraten schließlich doch Nein sagen werden. Sofort haben sie es nicht getan.

Zentrum und Volkspartei stimmen zu.

Die Zentrumsfraktion hat einstimmig den Richtlinien für das Regierungsprogramm zugestimmt, nachdem Birkh zuvor den Saal verlassen hatte. Der Parteiausschuß der Zentrumspartei ist auf den 6. Februar einberufen worden.

Die Deutsche Volkspartei hat sich ohne wesentliche Erörterung mit den Richtlinien einverstanden erklärt und sieht sie als eine brauchbare Grundlage für ein zukünftiges Regierungsprogramm an.

Der Reichstag wartet . . .

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß gestern, am Donnerstag noch eine kurze Sitzung abzuhalten, um die Fraktionen bis zur endgültigen Bildung der Regierung zusammenzubringen. Dann soll in den Verhandlungen des Reichstages eine kurze Pause eintreten, deren Dauer noch nicht bestimmt ist. Ebenfalls bleiben der Freitag und der Sonnabend wegen der Thüringer Wahlen noch sittingsfrei. Die Regierungserklärung wird entweder am Dienstag, den 1. Februar, oder am Donnerstag, den 3. Februar, abgegeben werden.

Deutschnationale Antwort an Stresemann.

Herr Stresemann hat durch die „Times“ der Welt verkündet, daß sich die Deutschnationalen zu seiner Politik bekehrt hätten. Wir haben schon gestern abend hier gefragt, ob er von den Deutschnationalen zu dieser Erklärung ermächtigt gewesen sei. Die Antwort auf diese Frage steht in den gestrigen Abendblättern der Rechtspreffe.

Die „Kreuz-Zeitung“ gibt von den Erklärungen Stresemanns ganze fünf Zeilen wieder und bemerkt, allerdings sei ein „bedeutsamer Wandel“ in Deutschland eingetreten, man sei enttäuscht, weil die Ergebnisse von Locarno mangelhaft seien.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt einen etwas längeren Auszug und sagt dazu: „Wir geben diese Auslassungen wieder, ohne zurzeit (!) dazu Stellung zu nehmen.“

Der „Lokal-Anzeiger“ läßt sich aus London telegraphieren, daß der „Eindruck nicht allzu erfreulich“ ist. Und weiter:

Kein Sachlich ist zu bemerken, daß sich nicht sowohl in der Bewertung der Locarnopolitik ein völliger Umschwung vollzogen hat, als vielmehr vollendete völkerrechtlich bindende Tatsachen geschaffen worden sind, an denen leider nichts mehr zu ändern ist.

Die „Nachtausgabe“ nennt die Unterredung „überflüssig“, und sagt, sie hätte

in parlamentarischen Kreisen Aufsehen erregt, weil die Äußerungen Dr. Stresemanns nicht ganz mit dem Stand der Verhandlungen über das Programm für die bürgerliche Mehrheitsregierung auch in dem Augenblick übereinstimmen, als die Unterredung gegeben wurde.

Herr Stresemann wird also von vier Organen der Rechten viermal desavouiert. Ja er wird beschuldigt, dem Vertreter der „Times“ über die Haltung der Deutschnationalen die Unwahrheit gesagt zu haben.

Die Aera des Bürgerblocks beginnt für Herrn Stresemann mit einer peinlichen Bloßstellung.

Beschimpfung der Reichsfarben.

Sturm in der Zehlendorfer Bezirksversammlung.

In der Zehlendorfer Bezirksversammlung hatten unsere Genossen gestern beantragt, das Bezirksamt zur Beschaffung von Fahnen in Reichsfarben für die städtischen Gebäude anzuhalten.

Nach acht Jahren Republik hat das Bezirksamt Zehlendorf, wo die Deutschnationalen dominieren, noch immer keine Fahne in Nationalfarben. Zur Bekämpfung unseres Antrages führte der deutschnationale Bezirksverordnete Hagig aus, man solle es doch mit den preussischen Farben versuchen und nicht mit dem

Farben der republikanischen Jämmerlichkeit!

Dieses bürgerblödsichtige Bekenntnis zur „Republik und ihren Symbolen“ rief bei den Zuhörern und unseren Genossen stürmische Entrüstung hervor.

Als der deutschnationale Redner noch weiter schimpfte, wurde er endlich von dem deutschnationalen Vorsitzenden zur Ordnung gerufen. Der Antrag unserer Genossen wurde jedoch von den Deutschnationalen und der Volkspartei abgelehnt.

Kompromiß über die Ostfestungen.

Königsberg Ausbau genehmigt — Glogau und Küstrin werden geschleift.

Paris, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die beiden noch strittigen Entwaffnungsfragen ist zwischen dem Interalliierten Militärkomitee und der deutschen Delegation eine prinzipielle Einigung erreicht worden. Man kann insoweit mit dem Zusammentritt der Botschafterkonferenz für Sonnabend oder Montag zur endgültigen Liquidierung der Fragen rechnen. Bezüglich der deutschen Ostfestungen ist ebenfalls in allen bedeutenderen Punkten eine Einigung erzielt. Es steht nur noch die Regelung einiger kleinerer Fragen von untergeordneter Bedeutung aus. Man ist aber angeblich zu einem Kompromiß auf der Grundlage gelangt, daß der deutsche Standpunkt hinsichtlich des Ausbaues der Befestigungen von Königsberg anerkannt wird, wogegen Deutschland sich zur Schleifung der Befestigungen von Glogau und Küstrin bereit erklärt.

Prag gegen Kommunisten.

Die kommunistische Partei soll aufgelöst werden?

Prag, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Öffentlichkeit behaupteten sich seit einigen Wochen hartnäckig verschiedene Gerüchte, daß die reaktionäre tschechisch-deutsch-slowakische Regierung beabsichtige, zu einem schweren Streich gegen die kommunistische Partei auszuholen. Man spricht davon, daß die Regierung die kommunistische Partei auflösen und auch gegen die kommunistischen Gewerkschaften einschreiten wolle. Wie weit diese Gerüchte, die bereits von der Presse der verschiedensten Richtungen aufgegriffen werden und deren Inhalt vorläufig von den amtlichen Stellen als falsch bezeichnet wird, ersten Hintergrund haben, läßt sich nicht feststellen. Als sicher erscheint nur, daß die tschechisch-slowakische Regierung mit den immer wieder arrangierten Spionageprozessen gegen die Kommunisten sich Voraussetzungen schaffen will, die es ihr ermöglichen sollen, in irgendeinem Zeitpunkt gegen die kommunistische Partei mit den schärfsten Mitteln loszugehen.

Augenblicklich ist gegen die Kommunisten in Prag wieder ein politischer Prozeß im Gange, dessen Ausgang die Öffentlichkeit gleichfalls mit viel Interesse entgegenfiehet. Es handelt sich um den Prozeß gegen vier kommunistische (und einen nationalsozialistischen) Abgeordnete, die wegen ihres Verhaltens bei den Disstruktionsitzungen im Parlament während des letzten Sommers von der bürgerlichen Mehrheit dem Staatsanwalt ausgeliefert wurden. Schon aus dem bisherigen Verhandlungsverlauf trat klar zutage, daß man bei diesem Prozeß weniger darum bemüht ist, die Wahrheit zu finden und Recht zu sprechen, als vielmehr ein politisches Urteil zu fällen und die kommunistische Partei zu terrorisieren. Es ist selbstverständlich, daß die sozialistische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei, ohne Unterschied der Richtung und Nation, jeden Schlag gegen die Freiheit der kommunistischen Partei als einen Schlag gegen die gesamte organisierte Arbeiterbewegung betrachtet wird.

Eine Gesetzesvorlage zur Erweiterung der Unfallversicherung, die das Reich schon im Herbst 1925 versprochen hat, wird jetzt von der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags aufs neue gefordert. Die Unfallversicherung soll ausgedehnt werden auf das gesamte Gastwirtschaftsgewerbe, auf Personen der Krankenpflege — besonders das darin beschäftigte Hauspersonal — und auf das Feuerlöschwesen.

Die Calonder-Kommission in Oberschlesien hat dem Protest des Deutschen Volkshundes gegen die von den polnischen Behörden verhinderte Inbetriebsetzung einer deutschen Arbeiterberufsschule in Bobrownik-Bieszar-Kudne stattgegeben. Nach mündlicher Anhörung aller Parteien wurde die unverzügliche Eröffnung der Schule beschlossen.

Verwirrung der Gefühle.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Das Berliner Sinfonie-Orchester identifizierte sich am letzten Sonntag mit der Kapelle des welfen Fürsten Esterházy, dem Haydn 1772 seine „Abschieds-Sinfonie“ widmete. Ich glaube, der Körper und das Bitten, das Redellieren und das Reagieren liegt manchem dieser Blüthner-Herren, die da stillschweigend das Podium verlassen, sehr auf der Seele. Es klang alles so echt und sah so aus wie 1772, als die Kapelle des Fürsten den Wunsch hatte, durch Heimkehr befreit zu werden. Auch dies Berliner Sinfonie-Orchester möchte in Frieden heimfinden zu seiner alten Gesundheit und Lebensfreude. Hätte es in den letzten Jahren zur Verabschiedung jeder Not und jedes Dirigenten diese ernste Sinfonie gespielt, — wir könnten sie besser. Der Ton, der da zwischen Trug und Rederei schwebt, klang gut durch, und die Verwirrung der Gefühle löste einseitige Stimmung in einem Publikum aus, das endlich Stimmung in der Bürgerstraße geworden ist. Die Kornerol-Duettüre von Mozart, kammerwärtiger Kuffert zu Carmen, hätte noch größeren Schwung und, im Mittelteil, befehlerten Ton getragen. Bohne weist das alles schon fast zu routinisiert, wodurch immer das Lieben verflügt wird. Carmen war, in den zwei Glanz-Akten, Agnes Schulz-Vichtersfeld. Rein, göttlich, sie war es nicht. Sie sang in Tönen der Nimm, mit weichem Anschlag, das jarte Organ nicht forcierend, und ganz vornehm phrasierend, sprechend. Eine Stimme, nicht sonar genug für Ai, noch nicht strahlend genug in der Höhe, geboren für weich getragene, frauliche Artik. so ganz ohne jede Schwärze des Timbres und der Dämonie der Gestaltung. Die bländeste, konfisse Carmen, die je auf dem Podium stand. Agnes Schulz grenze ihr Stoffgebiet ab: Lied mit Klavier oder Orgel, aber nicht Schuberisches Lied, das zur Zweifelhaftigkeit geboren ist, mit der Last des Orchesters, und nicht mehr Theater-Arien im Konzert. Sie fand starken Beifall, aber sie lasse sich dennoch ihr Gefühl nicht verwirren.

Ihre Kollegin Coory Vera ist an ihrer Stimme, einem dunkel gefärbten, wohlklingenden Mezzo-Sopran, gemachsen. Jarte melodische Linien kommen ihrer Gestaltungskunst entgegen, wirkungslos Reifer blühen zu dankbar hingegenommenen Gebilden auf, in die Buntheit des Programms scheint sie durch gleichmäßige Erinnerung auch des Oberflächlichen Ordnung bringen zu wollen. Doch bleibt das süße Klischee-Gebilde Wibratlicher Vieder ungenießbar. Auf Bohar fällt als Begleiter auf, je mehr er versucht, nicht aufzufallen und stiller Mit-Bildner zu sein. So spante er sich alle Uebergänge zwischen den Liedern (die Uebergänge zur Prima-donna sind).

Darf man der besten Kapelle Deutschlands, der Staatsoperkapelle, verraten, daß sie an manchen Enden und Ecken nachläßt? Verletzung heiligster Majestät. Dennoch: der einst so befehlende Klang, in der Streichung, in den Celli vor allem, aber auch in manchem Holzinstrument, wird unwehler, stumpfer. Was ist schuld? Der Mangel an einheitlicher Führung seit Jahren, das Alter der Spielenden? In der Pastorale-Sinfonie, der Kleiber so viele Reize abloschte, wollte die naturhafte, frühlingfrische, sommer-

trächtige Stimmung nicht aufkommen. Noch ein paar Proben haben wohl gefehlt, um op. 5 von Arnold Schönberg vollendet zu interpretieren. Das ist so ein rechtes Zwitwergschöpf. Ein bishden Wagner und ein Quentens Strauß und eine kleine Portion Schönberg der Große. Höchst kunstvoller Kontrapunkt, bunteste Farbkombination der Instrumente, und hie und da ein Aufhören auf ganz neue harmonische Kühnheiten. Die Programm-Sinfonie auf ähneres Geschehen, noch stark auf Melos aller Art gestellt, lede Kontraste der Lust und des geheimnisvollen Liebens, der Sehnsucht und des Bergehens. Vor 20 Jahren löste das alles ein großes Gefühl aus, vor 10 Jahren schien es konterakt. Und heute weiß man nicht mehr, ob dem Meister der Drahterstücke op. 11 ein großer Dienst mit der Wiederbelebung des Stücks geleistet wird. Das Publikum der Kleiberischen Konzerte aber freut sich, wie virtuos der Kapellmeister bei dem schwierigen Stück den Stab führt, und wie man sich im Urteil über einen neuen Messias täuschen kann. Verwirrung der Gefühle.

Heinz Unger feht keinen Konzerten ein neues Licht, eine besondere Note auf: Huberman geist. Er, der Welt-Virtuose mit der Liebe zu Panuropa, mit der — neben Kreisler — stärksten propagandistischen Regiertheit, der Mann der 1000 ausverkauften Häuser, — er spielt natürlich ein neues Werk. Wie ja die „Gesellschaft der Musikfreunde“ energisch für das Neue, Große einzutreten versprach. Wenn unsere Erinnerung nicht täuscht, so spielte Huberman dieses Konzert eines gewissen Johannes Brahms schon vor 22 Jahren, und seitdem unentwegt in Panuropa. Altestieren wir ihm die Sätze des Tons, die letzte Ueberlegenheit einer fulminanten Technik, die Brahms-fremde Verliebtheit in die Cantilene und in sein Instrument. Zu Beginn des Konzerts Weber „Carpentier“-Duettüre, schwungvoll musiziert, dann eine Zwischenaktmusik zu den „Drei Pintos“ von Weber, eingängige, jarte Weisen, die auf ein Wehr gespannt machen, und zum Schluß Mendelssohns „Schottische Sinfonie“. Also ein Publikums-Konzert, wie es im Bude steht, und wie es wohl selbst ein neuerlicher Kapellmeister aus geschäftlichen Gründen einmal bringen muß.

Und endlich wieder Eintritt des Gefühls, Spannung der Lust und Erwartung, die nicht getäuscht wird: bei Furzwängler. Je larger der sonst so frei gependete Beifall ist, wenn er das Podium betritt, um so stärker fühlt man die Kraft seines Talents. Er gehört nicht zu den Größen von gestern, und er spielt sich nicht in die Rolle eines Renartigen, eines Karrenmenschen um jeden Preis hinein. Das ist ihm sicher zu bequem und sicher nicht vornehm genug. Wie leicht könnte er es bei seiner Begabung haben, unüblerisch zu wirken, Beifall jener zu erringen, die nur auf das Abseitige schwören! Statt dessen entbedt man, daß Ruff bei Furzwängler um ihrer selbst willen klingt, daß oftmals Gehörtes auch in gewohnter Dynamik, Struktur, Phrasierung, durchaus leberdig bleibt. Besonders wenn der Schöpfer Beethoven heißt. Sobald man sich an die Schnelligkeit des Coriolan-Tempos gewöhnt hat, ist die Besetzung des klassizischen, inhaltlichen, rhythmischen Elements gewöhnlicher. Klingt Beethoven, erlaubt vom inneren Ohr eines Auserwählten. Er begleitet Edwin Fischer zum G-Dur-Konzert Beethovens so sicher, wie unbedor. Fischer ist in träglicher Kanne, die sich in einer leider stufenlos Kadenz austobt. Aber die Fülle seines musikalischen Fühlens erweckt die Tasten seines Flügels zu marfanen, quellenden,

möglichst verhaltenen Tönen. Ohne Zweifel, ohne Hemmung, ohne Wirrnis im Gefühl dankt man beiden, dem nach Amerika scheidenden Furzwängler, dem heimisch bleibenden Edwin Fischer. Dies alles, obwohl lähmend, verwirrend, hauch, Atem, Stidluft des letzten mondänen Ballfestes über der Philharmonie lagerten.

SEIN Geburtstag.

Dacht in Ehrfurcht auch dem Kaiserthron und gratuliert dem allerhöchsten Herrn! Stüpt euch den Helm auf! Die Zivilmone Sieht unser Wilhelm, wie man weiß, nicht gern. Sonst könnte Er euch allenfalls jersymmetriern, Wobel Sein altes Jollernaue blüht. Und stramme Haltung! Denn sonst wird Er wettern, Kommt ihr nicht vorchriftsmäßig angeflüht.

Bergeht es nicht, gehoramt Ihm zu danken für die vom Ihm beehrte große Zeit. Will Er noch mehr Mülländchen, — ohne Schwanten Seid zu gewähren freudlich ihr bereit. Denn Seine Habgier wollt ihr gern entschuld'gen. Seit allzu langen Jahren kennt ihr sie. Der Bürgerblock wird per Depesche huld'gen, Bezeichnet Westarp, Scholz und Kompagnie.

Ja, seid ihr artig, wird euch, welche Wonne. Der rote Adler vierer angehängt. Jedoch heilt euch, weil zur Gnadenzone Sich jeder Bürgermann befanntlich drängt. Ihr wollt doch auch nicht gratis gratulieren, Ihr wißt doch gern, wozu der Knechtstirn frommt. Uns freilich seht man nicht herbeimarshieren, Wir sorgen, daß Er — niemals wiederkommt. Henning Duderstadt.

In der „Komischen Oper“ wird die Premiere von Freitag auf Sonnabend 7^{1/2} Uhr verlegt.

Ein neuer Jüngsgemotor. Die englische Firma Bradmore & Co. hat einen neuen sechsstündigen Flugmotor von 850 PS. hergestellt. Der neue Motor soll imstande sein, ein fünf Tonnen schweres Flugzeug bei einer Stundenleistung von 230 Kilometern und in einer Höhe von über 6000 Metern auf einer Strecke von 700 englischen Meilen zu tragen.

Das Statu des Heracles von großer Schönheit wurde in Athen aufgefunden, die permatisch in einem alten Dorakle-Tempel gefunden hat. Das Bildwerk erhält seine Ausstellung im Wiener Nationalmuseum.

Herrn Lichtenberg in Berlin. Der Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Goethe-Universität, Herr Lichtenberg, wird am 1. Februar in der Deutschen Hochschule für Politik über „Selbstregierung“, am 3. Februar in der Aula der Handelshochschule über den Einfluß der geistigen Strömungen des heutigen Frankreich auf Politik und Wirtschaft, und am 4. Februar in der Universität im Rahmen der Goethe-Gesellschaft über „Goethes Stellung im heutigen Frankreich“ in deutscher Sprache sprechen.

Merkwürdige Dokumentenfälschungen.

Geheimprotokolle aus dem Reichswehrministerium.

Im „Jungdeutschen“, dem Organ des Jungdeutschen Ordens, teilt der Ordenskanzler Bornemann mit, daß ihm eine Reihe von Photographien angeblicher Dokumente in die Hände gespielt worden sei, die sich als Protokolle von Sitzungen im Reichswehrministerium darstellen. Das eine dieser Dokumente wird im Folgenden wiedergegeben. Es enthält folgendes Protokoll:

Verhandelt Berlin, den 24. Februar 1925.

Geheim!

Anwesend:

1. Herr Hauptmann Waldemar Reinecke, Berlin;
2. Herr Dr. Hans Schred, München;
3. Herr Franz Seidten, Magdeburg;
4. Herr Carl Bröller, Berlin;
5. Herr Hugo Wahr, Steint;
6. Herr Hauptmann d. R. Heinemann, München.

Herr Hauptmann W. Reinecke prüft zunächst die Ausweise und Vollmachten der Erschienenen und stellt fest, daß die Vollmachten in Ordnung gehen.

Es vertritt den Bund:

- Herr Franz Seidten den Bund „Stahlhelm“;
- Herr Dr. Schred den Bund „Oberland“ und den „Frontbann“;
- Herr Bröller den „Bismarckbund“ und den „Berwolf“;
- Herr Wahr den Jungdeutschen Orden;
- Herr Heinemann den Reichsausschuß der Regimentsvereinigungen.

Das Bild zeigt auf der rechten Seite den Lauf des Schriftstückes. Oben links steht „Rw. Min. (I 2)“, darunter „R. T. 2 411/1 und 11/28“. Rechts oben das Datum „Berlin, den 25. II. 1925“, darunter die Nr. 411. In der Mitte steht zu lesen:

R. 5.

IV.

An H. E. zur Kenntnisnahme und Rückgabe.

R. W. Min. (I 2)

A. A.: Reinecke, Optm.

Siehe unten steht:

Eingegangen am 25. Februar 1925.

1. Urk. nach R. zur.

2. zu den Akten.

27. II. 1925.

H. E. IV.

v. E.

Nach den Mitteilungen Bornemanns befinden sich in seinem Besitz die Photographien von vier Seiten starken Protokollen über Sitzungen, die am 24. Februar, am 18. und 19. März und am 24. und 26. März 1925 stattgefunden haben sollen. Als Verhandlungsort wird Zimmer 69 im Reichswehrministerium angegeben. Die Verhandlungen betreffen das Zusammenarbeiten der Verbände mit der Reichswehr, die Vorbereitung der Mobilmachung der Verbände, sowie die Registrierung der in den Händen der Verbände befindlichen Waffen. Nach Bornemanns Meinung ist unter dem Namen „Seidten“ sicher der Stahlhelmführer Seidte aus Magdeburg und unter dem Namen „Hugo Wahr“ der Hochmeister des Jungdo, Arthur Wahr, zu verstehen. Durch die Aenderung der Namen sollte der Anschein erweckt werden, als hätten die Beteiligten für das Sitzungsprotokoll sich Decknamen gegeben. Für Uneingeweihte seien die Unterschriften täuschend nachgemacht. Nach den Protokollen hätten sowohl Seidte für den „Stahlhelm“, Schred für den „Frontbann“ und „Oberland“, sowie Wahr Raum Mitteilungen über angeblichen Waffenbestand ihrer Verbände gemacht. Wahr soll außerdem aufgefordert haben, „alle nationalgesinnenden Militärdiensttauglichen aufzurufen und den großen Kampf, den unser Volk wie vor hundert Jahren führen muß, vorzubereiten“.

Der „Jungdeutsche“ erklärt diese angeblichen Protokolle als von Anfang bis zu Ende gefälscht. Der „Jungdeutsche Orden“ habe niemals an ähnlichen Sitzungen teilgenommen, es handele sich ganz offensichtlich um planmäßige Fälschungen, und es ergäbe sich die Frage, von wem und in wessen Auftrag diese mit Reichswehrstempeln versehenen Fälschungen hergestellt wurden. Seinen Verdacht nach dem Ursprung dieser Fälschungen deutet Bornemann mit folgenden Sätzen an:

„Wahrscheinlich haben Freunde einer deutsch-politischen wirtsch. Verdrängerung ihre Hand im Spiele. Obi man solche „Dokumente“ nämlich an den Feindbund, so hat das zur Wirkung, daß die sich anbahnende Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland hintertrieben wird. Eher ist es denkbar, daß man durch diese Fälschungen nicht verständigungsbereit sei. Man verschweigt natürlich, warum Frankreich zu einer Klärung der besetzten Gebiete und zur Freigabe seiner „Sicherungen“ nicht bereit ist. Man hat dann zu gleicher Zeit in Frankreich und in Deutschland den Glauben an eine mögliche Verständigung völlig zerstört.“

Bornemann fragt, ob das Material etwa schon der Botenkonferenz vorgelegen habe, als sie das Verbot der Wehrverbände von Deutschland forderte. Die Fälschungen seien von sachkundiger Seite hergestellt und ohne erhebliche Beweismittel sei das nicht möglich.

Die ganze Affäre scheint uns bis jetzt in ein mystisches Dunkel gehüllt. Man hat zwar schon früher Erfahrungen mit ähnlichen Dokumentenfälschungen gemacht, aber man wird doch das Ergebnis der polizeilichen Nachforschungen abwarten müssen, um ein endgültiges Urteil über diese neueste Affäre fällen zu können. Wenn es sich wirklich um Fälschungen handelt, so hätten ihre Urheber zweifellos sehr geschickt operiert, indem sie die altbekannten mehr oder weniger „lofen“ Beziehungen gewisser Reichsverbände zur Reichswehr zum Gegenstand ihrer Dokumentenfälschung machten.

Der Landbund wird wild.

Wüste Schmähungen des Landbundesführers Richtshofen gegen Republikaner und Bauernbund.

Breslau, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Schlesische Landbund hielt am Mittwoch in Breslau seine diesjährige Hauptversammlung ab. Sämtliche in Schlesien anläßigen ehemaligen Landesfürsten hatten herzliche Begrüßungstelegramme geschickt, darunter der frühere Kronprinz, der aus Dornau seine Abwesenheit entschuldigte, ferner der frühere König von Sachsen, die frühere Großherzogin von Sachsen-Weimar usw. Auch die Reichswehr war bei der Tagung offiziell vertreten.

Außer einem Referat von Dr. Schiele-Naumburg, das prinzipielles Interesse des Landbundes für Bauernpolitik beweisen wollte, hielt der Vorsitzende, der frühere deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Richtshofen-Boguslawski die Hauptrede der Tagung. Er nahm für den Landbund das Recht in Anspruch, sich nicht nur mit Wirtschaftsfragen, sondern auch mit allgemeinen „waterländischen Belangen“ zu beschäftigen. Das geschah in der Form wüster Angriffe auf die „Bajuffisten“, wie Scheidemann, zu denen mit besonderer persönlicher Schärfe der auch in Militärfragen gemäßigter Demokrat Dr. Haas gerechnet wurde, weil er angeblich Schließen des notwendigen militärischen Schutzes gegen Polen entziehen will. Solchen Seuten leistet der Schlesische Bauernbund Zutreiberdienste, erklärte

Kampf um den Mieterschutz.

Landtagsdebatte um Hirtsfiebers Erlaß.

Zu Beginn der gestrigen Landtagsitzung gab Abg. Giesefer (Völk.) eine Erklärung zu dem Gerichtsurteil in Sachen der Verleumdung des Wohlfahrtsministers Hirtsfiebers ab. Giesefer hat ursprünglich diese jetzt vom Gericht gebrandmarkten Verdächtigungen im Landtag vorgebracht. In seiner heutigen Erklärung suchte er alle Schuld auf den Wiener Professor Otte zu schieben, der ihn irreführt habe, mußte aber zugeben, daß er diesem für seine Angaben 500 M. gezahlt habe. Giesefer nahm die von ihm vorgebrachten Beschuldigungen des Ministers mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. (Zuruf bei den Dem.: Klägliches Ende einer schamlosen Verleumdung!)

Auf Antrag des Abg. Veinert (Soz.) wurde ein Antrag, den Talsperrenbau und die Wassererschließungen im Weßharz in das Sofortprogramm der Regierung aufzunehmen, ohne Debatte dem Hauptauschuß überwiesen.

Der Landtag setzte dann die allgemeine Beratung des Wohlfahrtssetats beim

Kapitel Wohnungswirtschaft

fort.

Abg. Labendorff (Wirtschaftspartei) verteidigte lebhaft die Verordnung des Ministers Hirtsfiebers vom 11. November 1926 über Befreiung der gewerblichen Räume und Großwohnungen vom Mieterschutz. Die ganze Wohnungswirtschaft müsse fallen. Niemand wöhne der Mensch besser, bequemer und sorgloser als in den sogenannten Mietkasernen. Dort wuchs die Vaterlandsliebe, aus ihnen ging der unergieblichste deutsche Feldgrane hervor. (Lachen und Unruhe links!) Labendorff bedauerte, daß Deutsche und Deutsch-nationale Volkspartei jetzt in Sachen der Freigabe der Geschäftsräume schwankend geworden seien.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.):

Wir haben in den letzten sechs Jahren oft genug die Redner der Wirtschaftspartei gegen die Zwangswirtschaft weinend hören. Aber noch nie hat sie so gequält und verlegen wie heute den Folgen einer Agitation gegenübergestanden, die sie selbst entfesselt hat. (Widerpruch des Abg. Labendorff.) Herr Labendorff, Sie haben doch diese Folgen zu spüren bekommen, als Sie in der vorigen Woche hier in der Wandelhalle vor einer Deputation Ihrer ehemaligen Wähler reichs Haus genommen haben. (Schallende Heiterkeit links.) Trotz aller Schwierigkeiten hat der Wohnungsbau mit öffentlichen Mitteln in der Nachkriegszeit großes geleistet. Insbesondere das Jahr 1926 stellt eine Spatenleistung dar, einen Wohnungsbau über den Friedensdurchschnitt hinaus. Wir sind stolz darauf, diese Leistungen durch unser Drängen herbeigeführt zu haben. Aber die Leistung des letzten Jahres war nur möglich durch Vorgriffe auf die Mittel des kommenden Jahres und durch Anleihen.

Wir müssen uns sobald wie möglich darüber schlüssig werden, wie wir eine erhöhte Wohnungsbauaktivität weiter finanzieren. (Sehr gut! links.) Sämtliche Gewerkschaften und alle kommunalen Spitzenorganisationen stimmen in diesem Punkte mit unseren Forderungen reiflos überein.

Dabei muß freilich dafür gesorgt werden, daß die neuerstellten Wohnungen den Minderbemittelten zu einem erträglichen Zinsfuß zugänglich gemacht werden. Der Weg, den der Wohlfahrtsminister mit dem Abbau der Zwangswirtschaft eingeschlagen hat, ist kein glücklicher. Für uns ist der Zeitpunkt des Abbaus erst gekommen, wenn Angebot und Nachfrage sich ausgeglichen haben und dem Hausbesitzer die Ausnutzung des Schwächeren, des Mieters, unmöglich machen. (Sehr gut! links.) Es werden noch viele Jahre nötig sein, ehe der vorhandene Wohnungsbedarf gedeckt ist. Wie man dann die Wohnungswirtschaft gestaltet, darüber braucht man sich heute noch nicht den Kopf zu zerbrechen. Viel wichtiger wäre, daß Sie darüber nachdenken, wie Sie die Wohnungsnot beheben können. Wohin es führen würde, wenn man vorzeitig die Zwangswirtschaft abbaut, zeigt das Schicksal des Erlasses vom 11. November.

Der Wohlfahrtsminister ist damit der Wirtschaftspartei viel zu weit entgegengerufen: er kann die Verordnung nicht aufrecht erhalten, wenn nicht am 1. April eine Katastrophe eintreten soll. (Sehr wahr! links.)

Ungeheure Mietsteigerungen für Läden werden nicht nur aus Berlin gemeldet, sondern auch aus allen größeren Provinzialstädten. Und wenn Herr Labendorff meint, es sei nicht der organisierte Hausbesitz, der wuchere, so müssen wir eben feststellen, daß die Schutzverordnungen nur für alle oder fast alle bestehen können. Die Gesamtwirkung der neuen Verordnung ist jedenfalls unerträglich, so unerträglich, daß der Wirtschaftsparteiler Müller-Franken gestern in der Berliner Stadtverordnetenversammlung den Verdacht geäußert hat, der Minister habe diese Verordnung nur gemacht, um den Abbau des gesamten Mieterschutzes vorzubeh-

zu hindern. (Hört, hört!) Die Deutsche Volkspartei hat den Erlaß vom 11. November hier im Hause als das einzig Vernünftige bezeichnet, was der Wohlfahrtsminister bisher gemacht habe, und jetzt fordert sie Verschiebung des Inkrafttretens der Verordnung, möglichst um ein Jahr, eine Forderung, die sie noch in der vorigen Woche im Hauptauschuß abgelehnt hat, als wir sie stellten. Noch in der vorigen Woche hat der Deutsch-nationale Hofe im Hauptauschuß jede Wänderung des Erlasses vom 11. November abgelehnt und den deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten Innungsobmeister Paeth als Abtrünnigen bezeichnet und jetzt kommt die Deutsch-nationale Volkspartei selbst mit einem Wänderungsantrag.

Allen Parteien graut jetzt vor der Auswirkung der demagogischen Heße auf Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft!

Die tatsächlichen Verhältnisse liegen so, daß für absehbare Zeit jede Einschränkung des Mieterschutzes unmöglich ist. Wir fordern deshalb, daß der Erlaß des Wohlfahrtsministers aufgehoben wird. Sollte dies abgelehnt werden, werden wir dafür stimmen, den Erlaß des Wohlfahrtsministers erst in einem Jahre in Kraft treten zu lassen. Wir beantragen über alle diese Fragen namentliche Abstimmung. Die Geschäftsinhaber und kleinen Gewerbetreibenden sollen sehen, welche Abgeordneten und Parteien sie bloß mit Worten betrügen und wer praktisch für ihren Schutz etwas tut. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Händeklatschen auf den Tribünen.)

Abg. Kölges (Zr.) deutet die Verordnung des Ministers, da sich gewisse Härte nicht vermeiden lasse.

Nach Ausführungen des Abg. Spidernagel (D. Sp.), der unter gewissen Vorbehalten der Ministerialverordnung zustimmt, und des Abg. Heym (Komm.), der sie mit aller Entschiedenheit ablehnt, erhält das Wort Abg. Merzen (Dem.): Wir sind gegen die Verordnung, weil wir jetzt den Übergang zur freien Wirtschaft noch nicht für zweckmäßig halten. Gegen die Behandlung Berlins bei den Zuweisungen aus der Hauszinssteuer legen wir schärfsten Protest ein. Er polemisierte sodann auf das Schärfste gegen den Abg. Labendorff, der in seiner Rede die Mietkasernen geradezu verherrlicht habe. Im weiteren Verlauf seiner Rede brachte er Beweise dafür, daß sogar ein Vorsitzender der Hausbesitzerorganisation nach Erlaß der Verordnung keine Mieter wucherlich gefeiert hat.

Abg. Bergmann (Zr.) hält

eine Mietpreiserhöhung nur dann für angebracht, wenn auch gleichzeitig die Löhne erhöht würden. Die jetzige Rechtslage sei nicht aufrechtzuerhalten.

Er nahm den Wohlfahrtsminister Hirtsfiebers gegenüber den völkischen Verleumdungen in Schutz, die Herr Giesefer zu Beginn der Sitzung habe zurücknehmen müssen. Damit sei der völkischen Gistmischerzentrale das Handwerk gelegt.

Wohlfahrtsminister Hirtsfiebers: Ich habe mich bis jetzt gegen die Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft gemehrt. Aber schließlich haben alle Parteien darauf gedrängt. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten!) Erst als ich keine Stütze mehr fand, habe ich nachgeben müssen. Der Minister führte zum Beweis für seine Behauptung die Reden zahlreicher Abgeordneter der bürgerlichen Parteien an.

Nach einer sehr matten Verteidigungsrede des Abg. Labendorff schließt die Debatte über den Wohlfahrtssetat.

Persönlich bemerkt noch Abg. Lüdemann (Soz.), daß die Behauptung des Ministers, er sei in seinem Bestreben, die gewerblichen Räume nicht freizugeben, von allen Parteien im Stich gelassen worden, für die Sozialdemokratie nicht zutrefte.

Nach einem Schlusswort des Berichterstatters Abg. Stoll (Komm.) verläßt das Haus auf Dienstag, den 15. Februar, 1 Uhr. Tagesordnung: Domänenetat, Einzelberatung der Sitzteil des Wohlfahrtssetats.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Vorkonferenzrat des Landtages beriet am Mittwoch über die Geschäftsfrage. Bekanntlich wird das Plenum des Landtages vom Mittwoch bis zum 1. Februar in die Ferien gehen. In der Pause soll die Vorberatung des Haushalts fortgesetzt werden. Am 15. Februar soll nach Abschluß der Beratungen zum Wohlfahrtssetat der Domänenetat und im Anschluß daran der Landwirtschaftsetat in Angriff genommen werden. Die Beratung der Anträge über die Inphusepidemie in Hannover will das Plenum am 16. Februar vornehmen; für diesen Tag steht auch die zweite Beratung der neuen Gewerbesteuer an. Die Abstimmung über die Anträge und die angeforderten Titel des Wohlfahrtssetats soll am 17. Februar stattfinden. Der Ausschuß für den Städtebau wird am 27. und 28. Januar die Befähigung von Berliner Stadtgebieten vornehmen. Später soll dann Köln, das Ruhrgebiet, Mitteldeutschland und Ostpreußen vom Ausschuß bejucht werden.

nicht nur formell federführend für die Handelsverträge sein, sondern auch sachlich die Vorhand behalten. Genosse Müller stellte dann noch eine Reihe von Fragen bezüglich der Organisation des Amtes und erbat Auskunft von den Regierungsvorstreitern.

Abgeordneter Stoeder (Komm.) wünschte, daß Wege gefunden werden, auch den unermittelten Klassen der Bevölkerung den Auslands- und diplomatischen Dienst zu ermöglichen. Er beantragte ferner, den Botschafter beim Vatikan zu streichen, dafür aber nach dem Muster von Rußland die Gesandtschaft in China in eine Botschaft umzuwandeln.

Abgeordneter Schnee (D. B.) bemerkte, geeignete Personen für die Befehung der deutschen Botschaften, die auch die Vorkriegszeitverhältnisse kennen, seien wohl zu finden. Man brauche nur auf die früheren Kolonialbeamten zurückgreifen, deren Kenntnisse und Erfahrungen jetzt vollkommen brauchbar seien.

Abgeordneter Dr. Schreiber (Z.) wies darauf hin, daß der Wissenschafts-Botpost der Entente bisher nur formell beauftragt sei. Das Ausländerstudium in Deutschland sei sehr erheblich zurückgegangen, eine tief bedauerliche Erscheinung. Amerika zieht in Ostfalen den wirtschaftlichen Markt an sich.

Schließlich beantwortete Ministerialdirektor Schneider in ausführlicher Weise die im Laufe der Debatte an ihn gestellten Fragen wegen der Vereinfachung der Organisation im Auswärtigen Amt, über den Ausbau des auswärtigen Dienstes, über die Förderung des deutschen Außenhandels und dankte für die vielen Anregungen, die die Debatte dem Auswärtigen Amt gegeben habe.

Die Neuregelung der Erwerbslosenhilfe.

Neue Ausführungsvorschriften für die Erwerbslosenfürsorge.

Der Reichsarbeitsminister hat am 22. dieses Monats mit Zustimmung des Reichsrates die von uns bereits angekündigten neuen Ausführungsvorschriften zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge erlassen, durch die eine einheitliche Prüfung der Bedürftigkeit der Erwerbslosen im Reich sichergestellt wird und die Härten angefochten werden, die bisher infolge des Fehlens einheitlicher Bestimmungen im Reich beobachtet worden sind. Ferner wird klargestellt, daß regelmäßige Arbeiten, die fortlaufend die Arbeitsfähigkeit eines Arbeitnehmers beanspruchen, nicht im Wege der Pflichtarbeit ausgeführt werden dürfen.

Aufgaben der Außenpolitik.

Der Etat des Auswärtigen Amtes im Hauptauschuß.

In der Dienstagsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde die allgemeine Aussprache über den Etat des Auswärtigen Amtes fort- und zu Ende geführt. Genosse Müller-Franken erklärte, daß nach seiner Meinung unsere Missionen im Auslande die wirtschaftlichen Interessen noch mehr als bisher berücksichtigen müßten. Dabei sei es selbstverständlich, daß die Politik stets den Vorrang vor den wirtschaftlichen Aufgaben im Auswärtigen Amt haben müsse. Das Auswärtige Amt müßte nach seiner Meinung

Die Sozialpolitik unterm neuen Kurs.

Die greifbaren Tatsachen der „Richtlinien“.

Die christlichen Arbeiter leben mit Frauen, was ihnen in dem Bürgerblock bevorzucht. Auch ihnen wird klar, worauf die Deutsche Volkspartei mit der Erzwingung des Bürgerblocks hinaus will.

Seit dem feststand, daß im Jahre 1927 eine Reihe grundlegender sozialpolitischer Gesetze beraten und verabschiedet soll, kam es der Deutschen Volkspartei darauf an, unter allen Umständen die Rechte der Gesetzgebung in die Hand des Bürgerblocks zu bringen, damit

„Sozialpolitik“ nach dem Herzen des Unternehmers

gemacht werden kann. Die sozialreaktionäre Haltung der Deutschen Volkspartei ist so offenkundig, daß selbst ein führendes deutsch-volksparteiliches Blatt wie die „Tägliche Rundschau“ in einem Artikel „Sozialpolitik und Deutsche Volkspartei“ sich zu folgender bezeichnenden Feststellung gezwungen sieht. Sie schreibt:

„Solange eine Entscheidung über die Haltung des Zentrums nach zweifelhaft war, würde von rechts und links, von Sozialdemokraten, aus dem Zentrum und eigentümlicherweise auch von deutschnationaler Seite mit der Behauptung operiert, die Deutsche Volkspartei sei in sozialpolitischen Fragen so reaktionär, daß man mit ihr eigentlich gar nicht zusammenarbeiten könne.“

Wiso bevor der Bürgerblock-Kuhhandel begann, grante sogar den bei der deutschnationalen Volkspartei mitauswendigen Arbeitnehmern vor der „Sozialpolitik“ der Deutschen Volkspartei. Wie wenig sich die christlichen Arbeiter über das, was ihnen bevorsteht, ein Bild für ein Bild vormachen lassen, zeigt überaus drastisch ein Artikel der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“. Es heißt da:

„Für die christliche Arbeiterschaft hat diese Regierungsabstimmung ja noch einen besonderen Reiz. Kommt sie wirklich zustande, und es scheint so zu sein, dann ist die ganze christliche Arbeiterbewegung in die Koalition eingefügt.“

Es kann der christlichen Arbeiterschaft wahrhaftig nicht gleichgültig sein, ob diese Koalition politisch und sozial fruchtbar sein wird oder nicht. Eben veröffentlicht der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Zusammenfassung seiner sozialpolitischen Forderungen. Die Veröffentlichung in diesem Augenblick kommt sicherlich nicht von ungefähr. Die Frage ist nur: Haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den an der Koalition beteiligten Fraktionen und Parteien Einfluß genug, um sich erfolgreich durchzusetzen? Der deutschnationale Abgeordnete Lambach, einer der Führer des deutschnationalen Handlungsgewerkschaftsbundes, scheint nicht besonders optimistisch zu sein. Wir gestehen: wir sind es auch nicht. Wir setzen keine Hoffnungen auf die deutschnationalen; auf die Deutsche Volkspartei erst recht nicht. Wir würden uns von unserem Pessimismus allerdings gerne befehren lassen. Unsere Befehrung jedoch machen wir von greifbaren Tatsachen abhängig. Das ist im politischen Leben nun einmal so.

Greifbare Tatsachen? Die einzige für die christlichen Arbeiter bis jetzt greifbare und sehr schmerzhaft fühlbare Tatsache ist, daß eben von den sozialpolitischen Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes weder im Zentrumsmantel noch in dem mysteriösen „Regierungsprogramm“ noch in den geheimnisvollen „Richtlinien“ irgend etwas Greifbares zu beobachten ist.

Wo ist die Forderung des Kofgesetzes, wo die des Achtstundentages?

Gewiß, mit ganz leeren Händen wird der Bürgerblock nicht vor die christlichen Arbeiter hinstreten. Ein paar sozialpolitische Brosamen werden sicherlich von der Reichen Tische fallen. Ein paar Brosamen, die später bei der Zoll- und Steuerpolitik und bei den entscheidenden sozialpolitischen Fragen, wie der Frage der Arbeitszeit, dreißig-, sechs- und hundertfach den Herren im Bürgerblock bezahlt werden müssen.

herrschen aber geht die Logik andere Wege, die gleichen übrigens wie bei den Schwerindustriellen. Sie nützen eben diese große Stellunglosigkeit dazu aus, um ihre Angestellten zu zwingen, aus Furcht vor Entlassung Ueberstunden über Ueberstunden zu machen, ob sie bezahlt werden oder nicht. Dabei sind die Gewinne der Banken derart, daß sie ihr Personal in der erforderlichen Zahl vermehren und es so vermeiden können, das an Zahl zu geringe beschäftigte Personal übermäßig zu belasten.

Dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten ist es in all den Fällen, die ihm zur Kenntnis gebracht wurden, gelungen, mit Hilfe der Gewerbeaufsicht die Ueberarbeit etwas einzudämmen. Die Bankangestellten müssen sich daher ihrer gewerkschaftlichen Organisation anschließen, ihr die Mißstände in ihrem Arbeitsverhältnis zur Kenntnis bringen, damit an ihre Abstellung mit Aussicht auf Erfolg herangegangen werden kann.

Berufsumschulung als Lohndruckmittel.

Um den Tarifvertrag der Kraftdroschkenführer.

Nachdem es dem Verkehrsverband gelungen war, für die Kraftdroschkenführer der Kleinbetriebe einen Tarifvertrag abzuschließen, der vor allem den Garantielohn einführt und die Urlaubs- und Arbeitszeitfrage regelt, beauftragten die Führer der Großbetriebe die Organisation, über einen Tarifabschluß für diese Gruppe ebenfalls in Verhandlungen zu treten. Es wurde verlangt, die Urlaubsfrage ähnlich wie in den Innungsbetrieben zu regeln, an Stelle des für die Kleinbetriebe festgelegten Garantielohnes von 2 M. pro Tag wegen der größeren finanziellen Leistungsfähigkeit der Großbetriebe jedoch 4 M. Garantielohn zu fordern.

Als den Unternehmern diese Forderung unterbreitet worden war, erklärten sie, einen Gegenentwurf auszuarbeiten zu wollen und zu Verhandlungen bereit zu sein. Bis heute ist aber dem Verkehrsverband weder ein Gegenentwurf noch eine Einladung zu Verhandlungen zugegangen.

Dagegen macht sich in den Großbetrieben etwas bemerkbar, das die ehrliche Absicht der Unternehmer zur tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr zweifelhaft erscheinen läßt. In einer Anzahl Großbetriebe ist man eifrig dabei, Fahrer auszubilden, wahrscheinlich zu dem Zweck, diese Leute nach beendeter Ausbildung gegen die einen Tarifvertrag fortbestehenden alten Fahrer auszuspielen. Diese Ausbildung geschieht, obwohl es in Berlin genügend erwerbslose Kraftwagenführer gibt. Es ist, gelinde gesagt, unverantwortlich, Erwerbslose in einen Beruf auszubilden, für den schon ein Ueberangebot an Kräften besteht. Der Verkehrsverband wird, wenn die Großunternehmer des Berliner Kraftdroschkenwesens nicht bald Farbe bekennen, alle gesetzlichen Mittel anwenden müssen, um den Tarifabschluß zu erzwingen und das unwürdige Prozedere zu beenden; er wird auch darauf hinwirken, daß die Ausbildung Erwerbsloser für einen ausfichtlosen Beruf unterbleibt.

Klassenjustiz in Zivilsachen.

Nach 16jähriger Dienstzeit wurde ein Heizer, der bei den Osram-Werken beschäftigt war, wegen Diebstahlsvergehens kurzerhand entlassen, ohne daß man ihm Gelegenheit gab, sich vom Verdacht, den er selbst für völlig unbegründet erklärt, zu reinigen. Er hätte nun gemäß § 84 des Betriebsrätegesetzes beim Betriebsrat binnen einer Frist von einer Woche Einspruch erheben können. Es ist auch wahrscheinlich, daß dieser Einspruch dazu geführt hätte, die Entlassung wieder aufzuheben, oder aber doch ihm wenigstens eine Entschädigung zu verschaffen. Er hat nun von diesem Einspruchsrecht am vorletzten Tage erfahren. Ein Zeichen, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter über ihre geringen Rechte wenigstens genau unterrichtet werden.

Am letzten Tage der Einspruchsfrist begab er sich nun in die Fabrik, um den Betriebsrat aufzusuchen und seinen Einspruch vorzubringen. Der Pförtner rief bei der Direktion an. Diese verweigerte ihm den Zutritt und verbot auch den Betriebsratsmitgliedern, zu ihm herauszukommen. Es wurde ihm gesagt, er könne sie ja nach Schluß der Arbeit am Fabriktor erwarten. Dies geschah, obwohl die Direktion darüber unterrichtet wurde, daß es sich um den letzten Tag der Frist handelte. Der Arbeiter hat die Betriebsratsmitglieder dann abgewartet, aber verfehlt. Die Frist wurde infolgedessen veräuft.

Das Kammergericht stellt sich nun auf den Standpunkt, daß lediglich der Arbeiter hieran schuld sei, da er ja seinen Antrag schriftlich habe einreichen können. Daß man von

einem einfachen Arbeiter eine solche Umsicht nicht verlangen kann und daß die Direktion selber den schlechten Rat gab, die Betriebsratsmitglieder abzuwarten, wird in keiner Weise berücksichtigt. Die Rechtsverfolgung wird von vornherein für ausfichtslos erklärt, dem Arbeiter wird unmöglich gemacht, sein Recht weiter zu verfolgen.

Wenn es sich in dem betreffenden Fall auch nur um eine verhältnismäßig geringfügige Sache handelt, so ist doch das Verhalten charakteristisch für die rassistische Mentalität, die in keiner Weise geneigt ist, sich auf die besondere Eigenart des einfachen Mannes einzustellen, und ihn mit genau dem gleichen Maße mißt, wie die hochmögende Direktion einer großen Aktiengesellschaft.

Einigung im Tabakgewerbe.

Bei den Nachverhandlungen über den Schiedspruch für das Tabakgewerbe, die dieser Tage zwischen den Tarifkontrahenten im Reichsarbeitsministerium stattfanden, kam es zu einer Einigung, wonach vom 22. Januar ab die Stundenlöhne um 5 Proz. erhöht werden. Die Vereinbarung soll bis zum Ablauf des Monats März am 21. Oktober 1927 gelten. Für den Fall, daß in der Zwischenzeit einer Erhöhung der Rieten eintritt, ist bestimmt worden, daß alsdann eine besondere Schiedsstelle, bestehend aus je zwei Beisitzern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und einem vom Reichsarbeitsministerium zu bestellenden Vorsitzenden nach Anhörung der Parteien eine Erhöhung der Stundenlöhne um den Betrag der Rietenhöhung vornimmt.

Schiedspruch für die Ziegelindustrie.

Die für die rheinisch-westfälische Ziegelindustrie unter dem Vorsitz des stellvertretenden Reichs- und Staatskommissariats stattgefundenen Lohnverhandlungen sind ergebnislos verlaufen, da der Arbeitgeberverband einen Abbau der Löhne um 6 Proz. verlangt hat. Das im Anschluß an die Verhandlungen sofort zusammengetretene Tarifamt fällt einen Schiedspruch, wonach die jetzigen Löhne bis zum 30. April d. J. weitergezahlt werden sollen. Der Arbeitgeberverband hat selbst diesen Schiedspruch abgelehnt.

Stilllegung von Gruben in Ostoberschlesien.

Kattowitz, 26. Januar. (W.B.) Die Königsgrube in Kattowitz und die Grube Pfaff II, früher im Besitz des preussischen Staatsiskus, werden, wie die Blätter melden, stillgelegt. Etwa 6000 Arbeiter werden dadurch brotlos.

Die Nachprüfung des Washingtoner Abkommens.

Genf, 26. Januar. (W.B.) Im Internationalen Arbeitsamt ist jetzt die auf der letzten Sitzung des Verwaltungsrates eingesezte besondere Kommission für das Washingtoner Achttundenarbeitsabkommen zusammengetreten. Die Kommission hat die Aufgabe, den gegenwärtigen Stand der Ratifikationen des Washingtoner Abkommens zu prüfen und dem am Freitag, den 28. Januar, zusammentretenden Verwaltungsrat des Arbeitsamtes neue Vorschläge in dieser Frage zu machen. Der Vorsitzende dieser Kommission ist der ständige Vertreter Polens beim Völkerbund Sozial.

Berliner Gewerkschaftsschule.

Ab morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, hält Genosse Dr. Solomon Schwarz über das Thema „Grundlagen der internationalen Sozialpolitik“ einen Vortrag, der auf 10 Abende berechnet ist. In diesem Kursus sollen folgende Grundprobleme der internationalen Sozialpolitik ausführlich zur Besprechung gestellt werden:

Entwicklungsgeichte der Idee der internationalen Sozialpolitik. — Die gewerkschaftlichen internationalen sozialpolitischen Programme (Veeds 1916, Bern 1917 und 1919). — Das internationale Arbeitsrecht im Friedensvertrag von Versailles. — Die internationale Arbeitskonferenz. Die rechtliche und sozialpolitische Bedeutung ihrer Beschlüsse. — Die Organisation und die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes. — Die internationale Arbeitsorganisation und die Gewerkschaften. — Achttundentag als ein internationales Problem. — Die internationalen Bestimmungen über Frauen- und Kinderarbeit. — Die Grenzen der internationalen Sozialpolitik. Der Vortrag findet im Hörsaal der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelauer 24/25, 2. Hof, eine Treppe rechts, statt.

IFA-Funktionäre der Metallindustrie!

Die vom IFA-Metallrat aufgestellten Forderungen sind dem DDM, inzwischen zugegangen. Daraufhin ist für heute, Donnerstag, nachmittag, eine Verhandlung angesetzt worden. Daran anschließend wird heute abend in den Musiksalen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, in einer IFA-Funktionärsversammlung Bericht über die Verhandlungen mit dem DDM, erstattet werden. Bei der Wichtigkeit der zu fassenden Beschlüsse erwarten wir bestimmt das Erscheinen aller IFA-Funktionäre.

IFA-Metallrat.

Günther. Lange. Kolbe.

Achtung Bauarbeiter! Das Tarifamt hat den Antrag des Betonarbeiterverbandes, die Sperre gegen die Firma C. Brandt, Baustelle Tempelhof, für tarifmäßig zu erklären, abgewiesen. Die Baustelle Telegraphenzugamt Tempelhof der Firma Brandt bleibt nach wie vor für Fahrstudiarbeiter gesperrt. Deutscher Bauergewerksbund. Bauergewerkschaft Berlin.

Die Gewerkschaften der Metallindustrie sind eingeladen, am Donnerstag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, im Hörsaal der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelauer 24/25, 2. Hof, eine Treppe rechts, statt.

Die Gewerkschaften sind eingeladen, am Donnerstag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, im Hörsaal der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelauer 24/25, 2. Hof, eine Treppe rechts, statt.

Die Gewerkschaften sind eingeladen, am Donnerstag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, im Hörsaal der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelauer 24/25, 2. Hof, eine Treppe rechts, statt.

Die Unfallversicherung muß erweitert werden!

Die Erweiterung der Unfallversicherung wird von der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages in einem soeben zum Volkswohlfahrtsrat eingebrachten Entschlußantrag nachdrücklich gefordert. Die Ausdehnung ist vorzusehen für das gesamte Gastwirtschaftsgewerbe sowie für Personen der Krankenpflege, für das Hauspersonal der Krankenhäuser, Kliniken, ärztlichen Institute, Heil- und Pflegeanstalten, Laboratorien und für die im Feuerlöschwesen beschäftigten Personen.

Schon im Sommer 1925 hat die Reichsregierung versprochen, eine Vorlage zur Erweiterung der Unfallversicherung bis zum Herbst des gleichen Jahres vorzunehmen. Wie schreiben jetzt 1927.

Ausperrung in der Schuhfabrik Oskar Schulze.

Der neue Betriebsleiter als Unruheflüster.

Vom Zentralverband der Schuhmacher wird uns berichtet: Die Schuhfabrik Oskar Schulze verlegte vor einigen Tagen ihren Betrieb von der Boghagener Straße nach der Gerichstr. 12/13 und erhöhte die aus zirka 140 Personen bestehende Belegschaft auf zirka 250 Personen. Gleichzeitig wurde aus Frankfurt am Main ein neuer Betriebsleiter geholt. Doch kaum hat dieser, ein Herr Hammer, seine Tätigkeit aufgenommen, als der Betrieb dermaßen beunruhigt wurde, daß es am 24. Januar zu einem Konflikt kam der zu einer allgemeinen Ausperrung der gesamten Belegschaft führte.

Der neue Herr Betriebsleiter wollte in dem Betriebe der Firma Schulze die sogenannte Zuschauerkontrolle einführen. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sollten sich damit einverstanden erklären, daß sie beim Verlassen des Betriebes von Angestellten des Betriebes körperlich untersucht werden können. Der Betriebsrat hat dieses Entzinnen entchieden abgelehnt. Die gleiche ablehnende Haltung hat die Betriebsversammlung am 12. Januar angenommen.

Herr Hammer wollte aber trotzdem diese Verbeskontrolle durch einen Gewaltakt durchführen; dazu war zunächst ein Konflikt notwendig. Die Arbeiterschaft sollte provoziert werden. Zu diesem Zwecke wurde die in diesen Betrieben übliche Zeitkontrolle so eingerichtet, daß die Belegschaft beim Verlassen des Betriebes längere Zeit an der Kontrolluhr warten mußte, bis die einzelnen Arbeiter an die Reihe kamen. Als bei dieser Zeitkontrolle über das lange Warten die Belegschaft ihren Unmut zum Ausdruck brachte, erklärte Herr Hammer: „Ihr müßt euch anstellen wie bei den Soldaten. Wenn ihr nicht wollt, dann sind 200 andere da. Wenn ihr beim Kommiß wartet, das Essen lassen würde jedenfalls schneller gehen.“ Bei diesen Provokationen des Betriebsleiters machte ein Zuschneider Einwendungen, die durchaus am Platze waren. Dieser Zuschneider wurde am folgenden, 25. Januar 1927, im Laufe des Vormittags entlassen. Die Abteilung Zuschneidererei verweigerte die Weiterarbeit, da sie die Entlassung als ungerecht empfand.

Obwohl die Gewerkschaft sich sofort mit Herrn Hammer in Verbindung setzte, wurde die Ausperrung der gesamten Belegschaft vorgenommen. Herr Hammer hat dem Gewerkschaftsvertreter noch telefonisch erklärt, daß er die beabsichtigte Kontrolle doch durchführen werde.

Sache der gesamten Belegschaft der Firma Schulze wird es sein, sich diese Willkürakte zurückzuweisen. Die gesamte Berliner Arbeiterschaft der Schuhindustrie wird in diesem Abwehrkampf zweifellos die notwendige Solidarität üben, damit die Berliner Schuhfabriken nicht zu Zuschauern werden.

Ueberstundenwirtschaft im Bankgewerbe.

Ran schreibt uns: Von einem Teil der Privatbankgeschäfte wird gegenwärtig eine beispiellose Ausnutzung der Angestellten betrieben. Bei außerordentlich niedrigen Gehältern wird eine durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden verlangt, die sich an Medio- und Ultimatogen, d. h. an vier bis sechs Tagen im Monat noch regelmäßig um zwei bis drei Stunden täglich verlängert, so daß sich an legeren Tagen Arbeitszeiten bis zu 14 und 15 Stunden ergeben. Die geleisteten Ueberstunden werden nur in den wenigsten Fällen bezahlt und auch da noch gänzlich unzureichend.

Schadungswise liegen noch etwa 4000 abgebaute Bankangestellte auf der Straße. Das mühte für die Bankgeschäftsinhaber ganz besonders ein Grund dafür sein, die Ueberstundenwirtschaft lassen zu lösen und zur Bewältigung der dauernd anfallenden Mehrarbeiten mehr Personal einzustellen. Bei den Bank-

Die Deutschen Städte-Wappenmarken der Kaffee Hag kommen wieder. Professor Hupp zeichnet sie.

Knopf und Kleid



und formaten Eigenart und nach dem, was es sah. Die Formen wechselten und ergänzten sich anders in der Nachbarschaft der Städte, anders in abgelegenen Gegenden. Anders kam die Auswahl unter günstigen Verhältnissen zustande, anders in Gegenden, wo das Volk in Armut lebte. In einzelnen Gegenden blieb das Volk durch ganze Jahrhunderte bei seinen ererbten Trachten, während es anderswo dem zeitweisen Wechsel der städtischen Kleidung unterlag. Namentlich nach einigen reich entwickelten Perioden kam es zu bedeutenden Veränderungen, denn das Volk hat an dem bewegten politischen und namentlich religiösen Leben Anteil, der in seinen Seelenzustand tief eingriff und der zu entsprechendem Ausdruck auch in seinem Aeußeren gelangte. Deshalb sind Formen des 15., 16. und 17. Jahrhunderts z. B. in der Slowakei am meisten zu sehen, während in Böhmen mehr die Zeit des Barock und Rokoko auf die Tracht eingewirkt hat, in Südmähren und auch anderswo die Zeit der napoleonischen Kriege mit ihren militärischen Uniformen. Hingegen ändern wieder die Uniformen gemäß den Trachtenfreisen, aus welchen die Reibinngewandenen zum Regiment eingereiht wurden, das militärische Kleid. Das Volk wählte aus den gleichzeitigen Gewändern der anderen Stände nach seinem Geschmack. Eine Mode der bürgerlichen Tracht existiert genau so, wie eine Mode der städtischen, und die Freude an dem schönen Aeußeren ist dem Volke genau so eigen, wie jedem anderen, nur, daß sich keine Bedürfnisse langamer vorwärts bewegen, da sie durch größere Beharrlichkeit geregelt wurden. Die Bewegung geht zwar von Einzelindividuen aus, wird aber gleich zu kollektiven Massen und zu einer rehaltierenden Kraft, die von dem Geschmack und dem Willen des Volkes geführt ist. Deshalb ist die bürgerliche Tracht unbestreitbar ein Ausdruck des nationalen Temperamentes. Eine Revolution des Gewandes hätte das Volk nicht zugelassen. Am häufigsten wurde dieses oder jenes Gewandstück wegen seiner Zweckdienlichkeit bodenständig und vergrößerte so den alten Hauptkern der Kleidung. Die betriebsmäßige Kleidung paßte dem Volke nicht. Alles ging auf dem Umwege über die kleinstädtische Tracht, in der auch wieder die Ursprünge der verschiedenen älteren Perioden enthalten waren.

Der Knopf oder das, was an seiner Stelle zum Kleiderverschluß dient, ist ein wichtiges Mittel zum Zweck kulturhistorischer Feststellungen, weit wichtiger, als die meisten glauben. Der Kleiderverschluß berichtet über die Fortschritte des Menschen von der primitiv geschlossenen Form einer neolithischen Scheibe bis zum gemalten Miniaturknopf des 18. Jahrhunderts; von einer glatten Metallscheibe der Bronzezeit bis zum komplizierten Werk der Goldschmiedekunst des 16. Jahrhunderts. Die am breitesten begründete Bedeutung des Kleiderverschlusses besteht aber in seinem Einfluß auf die Gewandform. Das Gesamtbild des Kleides oder der Tracht stellt eine einheitliche Form dar, welche ähnlich wie ein Produkt des Kunstgewerbes, zu analysieren ist. Der Kleiderverschluß erscheint hier als Konstruktionsdetail bzw. zugleich auch als Ornamentaldetail.

Der Ursprung der Formen.

Der Verschlußsysteme sind sehr viele bei einer reichen Fülle von Formen; aus diesem Grunde begegnen wir hauptsächlich, wie Prof. Van Konck-Brog in den „Mitteilungen des Knopfmuseums“ erzählt, neben den Uniformen, die im Laufe der Zeit mannigfach verändert wurden, einer großen Menge von Lieberreusen oder verschiedensten Epochen aus Ost und West ebenso wie minderwertigen Waren neuzeitlicher Fabrikation. Wenn man von der Tracht des Volkes spricht, darf man nicht annehmen, daß sie der Ausdruck eines Willens, einer Geschmacksrichtung und einer Zeit ist; man muß sich vielmehr bewußt sein, daß sich die Tracht auf uralter einseitiger Grundlage, in freier Auswahl unbewußt weiterentwickelte. Das Volk wählte und erfand allerdings frei nach seinem Elementargefühl und seiner nationalen

gezogen waren. Ein arbermal wurden sie mit Spangen geschlossen oder mit Häkchen und Haseln leicht verbunden. Das Hemd wurde beispielsweise am Hals entweder mit Bändern gebunden oder mit Haseln und Häkchen geknüpft. Alle diese Arten der Befestigung und Ausstattung des Kleides ergaben in vergangenen Zeiten eine Fülle primitiver oder charakteristischer Arten und Schmudmuster, die sich in verschiedenen Modifikationen durch Generationen erhielten. Die Riemen wurden mitunter zum Teil der Länge nach in eilige Strahlen geschnitten und agraffenartig in den Stoff eingestochen und ergaben einerseits ein festes Eingreifen des Verschlusses in den Stoff, andererseits ein schönes, uroltes ornamentales Schmudmotiv, das dem ganzen, großen und schweren Trachtenstück entsprach. Metallverschlüsse standen in aller Zeit sicher gleich häufig im Gebrauch, wenn sie auch eher für Gewänder aus Tierfellen verwendet wurden. So wurden namentlich Ketten, Häkchen und Spangen häufig benutzt. Manchmal kamen auch Formen sehr altertümlicher Messingschnallen zum Vorschein. Die Spangen der Slowaken beispielsweise („spinky“) sind auch beachtenswert wegen ihrer Form und der Art ihrer Verzierung, die in altertümlicher verzierter Dreiarbeit besteht. Sie wurden zu Hause in Gussformen gegossen. In ähnlicher Weise wurden auch Ketten und alle Behelfe zur Knüpfung an Ort und Stelle erzeugt oder blieben Gegenstand der Hausindustrie, von der wir uns leicht ein Bild machen können, wenn wir uns erinnern, was alles der Kassebinder aus Draht herstellt und namentlich früher noch herstellte. Er selbst trug Hofen, die unten mit gelbem Draht zusammengebeftet waren und keine Tasche, mit Kugelknöpfen besetzt, mit den verschiedensten Kleinigkeiten aus Draht behängt, war für sich ein Museum der Gewandverschlüsse.

Der Verschluß als Schmuckgegenstand.

Die Riemen, die zum Zusammenziehen der Gewänder und zu mannigfacher Befestigung derselben benutzt wurden, hatten charakteristische Schnallen und waren oft der ganzen Länge nach mit Rielen und Ringelchen besetzt und mit eigentümlichen Zünglein

Knopf und Kleid.

Das Gewand war in aller Zeit aus einem Stück Leder oder Gewebe hergestellt. Man verwendete, wenn möglich, ganze Stücke, was auch namentlich bei Geweben unauweidlich war, da ein komplizierter Schnitt ein Trennen des Stoffes und Ausfransen der Umgebung zur Folge gehabt hätte; das Säumen war für die grobe Nadel beschwerlich. Es wurden daher, wenn möglich, nur gerade Stoffstücke zusammengefügt, und das Ergebnis war eine sackartige Form, die dem Körper nur wenig angepaßt war und unweidlich verschiedenartig zusammengebunden, zusammengezogen, geknüpft und befestigt werden mußte, damit sie am Körper festhalten und Schutz gegen Winterfalle und Unbilden gewähren konnte. Am häufigsten geschah dies mit Riemen, Bladbändern, langen Stoffstreifen oder nehartigen Geweben, die das Gewand in der Taille festhielten und ihm erst Form und Wärme sowie die Möglichkeit freier Bewegung bei der Arbeit und beim Gehen gaben. Mit dünngefähten Riemen konnte man in primitiver Zeit eben so gut nähern wie mit dickem Faden, Messingdraht oder Darmfasern. Das Nähen erfolgte nicht immer zusammenhängend der ganzen Länge nach, die Stoffstücke wurden oft auch nur mit Unterbrechungen zusammengebunden oder zusammengeknüpft, da man auf eine kleinere Lücke nicht achtete. Teile des Gewandes wurden also stellenweise mit angenähten Bändern oder Riemen gebunden die durch beide Teile des Stoffes hindurch-



Schliesse



Knopf aus Lützen

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

„Schiß! die Kinder schlafen, so spät kommst du, was ist denn geschehen?“
 Er trat auf sie zu, um sie zu küssen, aber kaum hatte er sie angerührt, da stieß sie ihn zurück und mit einer Stimme, aus der Ekel und Entsetzen klang — niemals werde ich daran vergessen —: „Du hast getrunken!“
 Er taumelte zurück, aber er leugnete es ab.
 Da hörte ich zum erstenmal, daß meine Mutter kalt und verächtlich mit ihm redete. Sie sagte: „Ja, schämst du dich denn nicht?“ und sie zeigte auf mich „der Kleine kann dich sehen.“
 „Was hat der Fraß in unserem Bett zu suchen, er soll in sein Zimmer gehen.“
 Er packte mich, stellte mich inmitten des Zimmers nieder und stieß mich roh zur Tür.
 „Geh schlafen, du Rospub.“
 Ueber so viel Ungerechtigkeit empört, lief ich ins Nebenzimmer und konnte noch lange nicht einschlafen; immer wieder hörte ich die zornige Stimme der Mutter.
 Witten in diesem Jammer wachte die arme Frau nicht aus noch ein; sie weinte nicht mehr, aber ihre Augen hatten einen seltsam starren Ausdruck bekommen, der ihrem Gesichte etwas ungemein Schmerzliches verlieh. Von Tag zu Tag wurde unsere Lage schlimmer. Zu den Mahlzeiten hatten wir nur noch einige Kartoffeln, es fehlte an Schuhen, an Kleidern, an allem.
 Da entschloß sich endlich die Familie meiner Mutter einzutreffen. Eines Tages erschien eine Tante, sie machte der Mutter heftige Vorwürfe, ihre törichte Geduld sollte an unserem Unglück schuld sein. Zum Schluß erklärte sie, daß sie die Erziehung meiner beiden Brüder auf sich nehmen wollte, die Mutter sollte in eine andere Stadt ziehen und dort für sich und meine kleine Schwester den Unterhalt verdienen. Der Vater sollte ein Spital aufsuchen, um sich dort von einem schweren Leberleiden heilen zu lassen; während dieser Zeit könnte die Mutter die Scheidung betreiben. Mich könnte man in einer möglichst billigen Pension auf Kosten der Großmutter unterbringen.
 Nachdem sie all dies mit trockener kalter Stimme vorgebracht hatte, ohne auch nur ein Wort des Mitgeföhles für meine ganz gebrochene Mutter hinzuzufügen, ging sie mit

den beiden Brüdern fort. Den jüngeren sollte ich niemals wiedersehen; drei Jahre später ist er an Scharlach gestorben.
 Knpf für verlassene Kinder.
 Drei Tage nach der Abreise der Tante mußte ich meine Mutter verlassen; sie hatte mich gebeten, nicht zu weinen, um ihr die Trennung nicht noch schmerzlicher zu machen und ich versprach es ihr; ich habe mein Wort gehalten.
 Man brachte mich in ein Kinderhospital, wo die protestantischen Schwestern gütig und voller Mitleid waren. Ich weß nicht mehr, welche Krankheit man bei mir entdeckt hatte, und ich blieb ein paar Wochen in diesem Hause. Wäre ich nicht von meiner Mutter getrennt gewesen, ich hätte mich dort glücklich geföhlt.
 Die Mutter lebte in Besancon bei einer Freundin. Sie schrieb mir zwei- oder dreimal wöchentlich und ihre Briefe machten mich selig.
 Das Leben im Spital war recht angenehm. Am Morgen bekam man eine Schale Milchkaas, dann stand man nach der Visite des Doktors auf. Der Tag verging rasch, ich durfte lesen oder mit den anderen kleinen Kranken spielen.
 Eines Tages ging ich über den großen Gang des Spitals, es mochte gegen zehn Uhr morgens sein, der gewichste Fußboden glänzte in den Sonnenstrahlen. Da troch plötzlich eine große, haarige Spinne über meinen Weg. Ich begann zu zittern und wollte sie zertreten, aber schon war sie verschwunden. Unbeweglich blieb ich auf dem Gang stehen, den ganzen Körper in angstvoller Erwartung gespannt. Ich war überzeugt, daß dieses Tier Unheil ankündigte.
 Einige Minuten vergingen, die Tür eines Saales wurde geöffnet, Schwester Magdalena trat heraus, einige Härchen guckten unter ihrer weißen Haube hervor und glänzten goldig in der Sonne.
 „Ah, da bist du ja,“ sagte sie, „ich habe dich schon gesucht, ich muß dir etwas sagen.“
 Ihre Stimme, die meistens fröhlich war, klang ernst, beinahe traurig. Aha, die Spinne, dachte ich sogleich. Sie blickte mich an und erriet vielleicht an meinen angstvollen Augen, was in mir vorging.
 „Du bist jetzt gesund,“ sagte sie, „man wird dich abholen.“
 „Mama?“
 „Nein.“
 „Wer denn?“
 Sie zögerte. Niemals noch hatte sie gelogen, sie umging die Antwort.
 „Du kommst in ein Haus, wo du dich ausruhen wirst. Dort ist gute Luft, da wirst du kräftig werden.“

„Nein, ich will nicht, ich will hier bleiben oder zur Mama zurückgehen.“
 „Das ist nicht möglich, deinen Platz bekommt jetzt ein kleiner Junge, der ein gebrochenes Bein hat. Du wirst einsehen, daß man ihn nicht fortzuschicken kann, um dich zu behalten.“
 Ich jentke den Kopf und war zu bestürzt, um eine Frage stellen zu können. Die Schwester sah Tränen in meinen Augen schimmern; sie beugte sich zu mir herab, strich leicht über mein Haar, dann sagte sie hart: „Du armes Kind, du bist so allein im Leben, bete immer zum lieben Herrn Jesus und sei sicher, daß er dir helfen wird.“
 Eine Stunde später holte mich eine Schwester, die mir ganz unbekannt war. Man hatte mir nicht gesagt, wohin ich gebracht werden sollte, die Angst von früher stol noch in mir, ich hatte ein unangenehmes Gefühl im Bauch. Wir stiegen in die Straßenbahn, fuhren durch die ganze Stadt, bis an einen Ort in der Umgebung. Eine von Willen umsäumte Straße lag vor uns.
 „Wohin gehen wir?“ fragte ich schüchtern.
 Bisher hatte ich nicht den Mut gehabt, ein Wort zu sprechen.
 „Du wirst schon sehen,“ erwiderte sie kalt, „übrigens sind wir gleich da.“
 Nach ein paar Schritten waren wir wirklich vor einem Gitter angelangt, das einen Garten einschloß. Eine graue Mauer begrenzte ihn. Als die Schwester anlautete, bemerkte ich an dem Tor eine graue Eisenplatte, die in großen schwarzen Buchstaben folgende Worte trug: Knpf für verlassene Kinder.
 „Aber ich bin kein verlassenes Kind.“
 „Doch, du bist eines,“ antwortete sie eifrig.
 Ein Knabe, der eine braune Mütze trug, öffnete. Er führte uns durch den Garten in ein weißwödiges, graues, kaltes Haus. Dann gingen wir durch einen düsteren Gang und blieben vor einer Türe stehen, an die er leicht anklopfte. Eine Stimme, die mich erzittern ließ, rief: „Herein.“
 Ich stand vor dem Herrn Direktor, er grüßte die Schwester liebenswürdig, forderte sie auf, in einem Lehnstuhl Platz zu nehmen und ließ mich inmitten des Zimmers stehen.
 „Das ist der Junge?“
 „Ja.“
 „Hat er gar nichts, nicht einen Fetzen?“
 „Doch, einige Kleidungsstücke, die man morgen schicken wird.“
 Er sah mich an, drückte auf den Knopf einer elektrischen Glocke und der Hauswart kam herein.
 (Fortsetzung folgt.)

vorliegen. Am reichsten ausgestattet waren die Lederbügel, die oft gleichzeitig der Befestigung des Körpers dienten und mit einer Tasche zur Aufbewahrung des Geldes versehen waren. Sie waren oft bis 30 Zentimeter breit und wurden in verschiedenen Gegenden durch drei Riemen mit Schnäbeln zusammengezogen. In manchen Gegenden geseh dies z. B. durch Schnallen, die bis 10 Zentimeter lang, schiffenartig, überhöht, und aus Messing zu Hause hergestellt wurden; anderswo waren die Bügel gegen das Ende zu verjüngt, reich verziert und mit einer großen Querspanne versehen. Als Belohnung dienten durchstochene Riemen, die mit farbigen Lederstreifen umflochten und zum Schmuck verschiedenartig ausgehöht und strahlenartig abgetrennt waren. Den größten Einfluss auf die gewerbmäßige Erzeugung von Metallgegenständen in den östlichen Ländern hatten die Hgauer und die ihnen verwandten als Romaden lebenden Stämme unbekannter Ursprungs, die von handwerksmäßiger Metallarbeit lebten. So kamen sie zum Beispiel bis zu uns als Kupferschmiede, die in der Umgebung der Städte lagerten und sehr geschickte Kupfergefäß schmiedeten und flüchten. Es war sehr interessant, die Gewänder dieser zum Teil sehr vermögenden Leute zu beobachten, die ihre Wohlhabenheit auch in ihrem Aussehen zum Ausdruck brachten. Am auffallendsten waren die ungeheuren silbernen Kugeln an den Hemden und die Menge von Talern und anderen silbernen Münzen, die an Ketten und Dejen auf der Brust aufgehängt und angehängt waren. Es wäre aber wohl unrichtig, diesen überhöhten Luxus schlechtweg „Schmuck“ zu benennen. Ständig in Umsiedlung begriffen, hatte ein solcher Romade keinen anderen Aufbewahrungsort für sein teuerstes Besitztum als seinen Körper; nur so fühlte er sich seiner Habe sicher. Die Aufbewahrung hätte auch verfehlt erfolgen können, aber Lapperei und Stolz wollten sich mit diesem Besitz auch äußerlich brüsten und ihn auch schützen. Dieser Standpunkt könnte so manche Erscheinungen aus uralten Zeiten erklären — Bräute, die ihre ganze Habe an ihrem Körper trugen, oder Krieger, die sich zum Kampf mit all ihrem kostbarsten Besitztum bedingten.

Wenn auch diese oder jene Art zum Verschleiß des Gewandes verwendet wurde, so hatte doch die Mehrzahl der Spangen, Knöpfe, Kugeln, Halsketten, Hülsen tatsächlich nicht die Aufgabe der Knöpfung; alle diese vorerwähnten Knöpfmittel dienten in erster Reihe als Schmuck. Die eigentliche Knöpfung erfolgte oft unabhängig von allen diesen und war oft bloß auf ein Bändchen oder Häkchen beschränkt. Das Volk knöpfte niemals sehr viel an seiner Kleidung. An dem Festgewand aus Tuch waren ganze Reihen von Knöpfen, einer neben dem anderen, von oben bis unten, aber die Knöpfung erfolgte oft nur mittels eines einzigen verdeckten Häkchens, Knopfes, Baumwoll- oder Seidenbandes. Die dekorative Ausgestaltung macht den Kleiderverschleiß zum wichtigen Schmuck. — Heute haben wir uns dieser Dinge entöhnt, weil die Gewandung viel stärker auf Einfachheit zugeschnitten ist, als es früher der Fall war. Aber der Knopf in seiner einfachsten Form ist heute noch mehr oder weniger Ornament des Kleides.

Verkehrswünsche.

Unter den Linden. — Tiergarten-City.

Im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller hielt der City-Ausschuss seine Vollversammlung ab. Hauptgegenstände der Erörterung war die Straße Unter den Linden und der Tiergarten. Für die Linden trug eine Vertretung der Hausbesitzer und Geschäftsinhaber eine Reihe von Wünschen und Beschwerden vor. Insbesondere wurde Klage geführt über die mangelhafte Straßenbeleuchtung und ungenügenden polizeilichen Schutz, sowie über das Ortsstatut von 1923, das jede Außenklammer oberhalb der Erdgeschosse und vor allem jede Lichtreklame verbietet. Die Vertreter der Wirtschaft brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß von den zuständigen Behörden alles getan werden müsse, um diesen Wünschen und Beschwerden Rechnung zu tragen, insbesondere müßte die Lichtreklame unter den Linden freigegeben werden, und es genüge hierzu nicht die Freigabe von je 100 Meter rechts und links der Friedrichstraße. Die Lichtreklame drücke heute ganzen Stadtteilen, wie dem Platz um die Gedächtniskirche, ihren Sempel auf, und die Aufrechterhaltung des Verbots würde die Straße Unter den Linden zu einer Geschäftsstraße zweiten Ranges herunterdrücken. Dies müßte unter allen Umständen verhindert werden im Interesse der City wie Gesamt-Berlins. Das gleiche gelte für die Möglichkeit der Häuserfronten, Böden und Außenreklamen den veränderten häußerischen Bedürfnissen anzupassen. Hierbei müßte sehr wohl Rücksicht genommen werden auf den historischen Charakter der Straße, aber es sei unerträglich, daß die Schönheitskommission nur immer wieder diesen Charakter betone und sich jedem Versuch entgegenstelle, die Straße lebendiger zu machen und ihren Wettbewerb mit dem Westen anzunehmen. Eine historische Straße braucht nicht unbedingt zu einer toten Straße monumentalisiert zu werden. Bürgermeister Schneider vom Bezirksamt Mitte, der bisher stets weitestgehendes Verständnis für die Bedürfnisse der City bewiesen hat, sagte wohlwollende Prüfung und Förderung der vorgetragenen Wünsche und deren Weitergabe an die zuständigen Stellen zu, desgleichen Oberbürgermeister Rager vom Polizeipräsidium. Gegenüber dem Wunsch der Interessenten auf Führung einer Untergrundbahn durch die Linden (im Zuge der Charlottenburger Chaussee) wies Stadtbaurat Dr. Adler darauf hin, daß dieses Projekt zwar ausgearbeitet sei, aber im Hinblick auf die zu erwartende geringe Rentabilität erst an vierter Stelle stehe. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet der Berliner Tiergarten, soweit er durch die dringenden Verkehrsprobleme in Mitteldeutschland gezogen wird. An diesen Erörterungen nahmen Präsident Raaschke und Vizepräsident Kühn von der Preussischen Bau- und Finanzdirektion teil. Dabei gelangten auch die Pläne betreffend den Straßendurchbruch Französischer- bzw. Jägerstraße und Tiergarten zur Erörterung. Uebereinstimmend wurde als unbedingt notwendig bezeichnet die Schaffung einer großen neuen Automobilstraße aus dem Stadtinnern nach dem Kurfürstendamm im Zuge der Bernow- und Tiergartenstraße und unbeschadet der Frage des Durchbruchs durch die Ministergärten — eine wesentliche Verbreiterung der beiden genannten Straßen, und zwar sowohl durch die Befestigung der Vorgärten als auch durch die Hinzunahme des Reitweges. Dabei herrschte weiter Uebereinstimmung darüber, daß nach Wegnahme der Vorgärten der gesamte Straßenzug zu einer Ladenstraße ausgebaut werden müsse, da nur so die lebendige Verbindung zwischen der City und dem Westen herzustellen sei. Auch bei dieser Gelegenheit wurde wiederum übereinstimmend betont, daß von einem Gegenstoß von City und Westen nicht die Rede sein könne, daß auch die Gegend um die Gedächtniskirche heute schon City sei und daß es nur darauf ankomme, alle toten Ecken und Winkel zu beleben. Keine Reinigungsvereidenschaft war darüber, daß die so erscheinende neue Geschäfts- und Verkehrsstraße nach der Seite des Tiergartens zu nicht bebaut werden solle. Für die Stillerrstraße wurde die Entzerrung des nördlichen Bürgersteiges bis zur Hühnerstraße verlangt, wobei nur fünf Bäume des Tiergartens geopfert zu werden brauchen. Schließlich wurden — neben einer Reihe kleinerer Verkehrs-wünsche — Änderungen am Kemperplatz als dringend notwendig bezeichnet und im Interesse der besseren Abwicklung des Verkehrs die Entfernung des Roland-Standbildes verlangt.

Gasvergiftungen.

Auf dem Treppenhof des Gartenhauses Berliner Str. 11 zu Panlow wachte sich während des gestrigen Nachmittags ein leichter Gasgeruch bemerkbar, dem aber keine besondere Bedeutung beigemessen wurde. Als gegen 1/4 Uhr der Eisenbahnbeamte H., der bei der Witwe P. im Erdgeschoss ein möbliertes Zimmer bewohnt, vom Dienst nach Hause kam, fand er in dem östlich mit Gas angefüllten Schlafzimmer Frau P., deren 15jährigen Sohn Karl

und den Höhrigen Heinz in ihren Betten bewußtlos auf. Feuerwehr und Rettungssamt wurden alarmiert, die sofort Wiederbelebungsvorkehrungen mit Sauerstoff vornahmen und alle drei Personen in das Pantower Krankenhaus schafften, wo sie schwer daniederlagen. — Ein ähnlicher Fall wurde fast um die gleiche Zeit im Hause Cuypstraße 33 entdeckt. Aus der Wohnung der 61jährigen Franziska E. drang starker Gasgeruch, so daß Hausbewohner aufmerksam wurden und die Feuerwehre herbeiriefen. Man fand die Wohnungsinhaberin in der Küche leblos auf. Der Arzt der zuständigen Rettungsstelle stellte den Tod fest, der bereits vor mehreren Stunden eingetreten war. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht.

Dr. Lippert will nicht ins Gefängnis.

Die Strafe von der Berufungsinstanz bestätigt.

Dr. Lippert, der verantwortliche Redakteur des „Deutschen Tageblatt“, der erst in diesen Tagen wegen Beleidigung des Ministers Hirtlsiefer zu einer Geldstrafe von 2000 Mark verurteilt worden ist, stand gestern schon wieder vor Gericht, und zwar wegen Beleidigung des Oberregierungsrats Schönbeck vom preussischen Finanzministerium.

Am 3. Juli hatte Dr. Lippert im „Deutschen Tageblatt“ einen Artikel veröffentlicht, der Schönbeck vorwarf, sich am Vermögen des ehemaligen Kaisers reichlich bereichert zu haben. Dieser Artikel, der von Beleidigungen nicht nur gegen Schönbeck, sondern auch gegen seine namentlich genannten Familienangehörigen sprach, war Gegenstand einer Anklage wegen Beleidigung. In der ersten Instanz war Lippert zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung, die von Lippert beantragt war, kam das Gericht zur Bestätigung des Urteils des Vordrichters. Recht interessant gestaltete sich die Vernehmung des Angeklagten. Ueber den Ursprung des Artikels befragt, gab der Angeklagte an, daß der Abgeordnete Fried den Artikel geschrieben habe und ihn dem Abgeordneten Rube übergeben habe mit dem Bemerkten, Rube möge die Angaben nachprüfen lassen. Rube aber sah nicht ein, daß man Angaben, obwohl sie dem Beleidigten seine Stellung kosten konnte, nachprüfen müsse und gab den Artikel an den Dr. Lippert weiter mit einem Brief, Lippert möge den Artikel so schnell wie möglich veröffentlichen. Als der Vorfragende L. fragte, ob er nicht Zweifel an der Richtigkeit der Angaben bekommen hätte, sagt L. aus, daß Rube und Fried Autoritäten für ihn gewesen wären, von denen „er glaubte, ehrlich bedient zu werden.“ Er habe nicht wagen können, eine Einlenkung von Rube abzulehnen. Rube wäre so mächtig, daß das für ihn unangenehme Folgen gehabt hätte. Als Grund für die Berufung gab L. an, daß er die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umgewandelt haben möchte. Ihm wäre die Suppe von anderen eingebracht, aber ins Gefängnis wollte er nicht. L. verfuhr sich dann noch als Wärtzer einer Idee hinzustellen, der von seinen Gegnern verfolgt würde.

In seiner Urteilsbegründung wandte sich der Vorsitzende gegen den Revolver einer gewissen Presse. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß die Ehre eines Mitmenschen auch im politischen Kampf zu achten ist. Sehr scharf kritisierte der Vorsitzende das Verhalten der Abgeordneten Rube und Fried, die zwar Artikel schreiben, aber zu feige wären, mit ihrem Namen dafür einzustehen. Sie hätten in verwerflicher Weise ihre Macht als Parteipräsidenten benützt, um eine Diktatur auszuüben, die sie zwar vor dem Gefängnis bewahrt hätte, nicht aber ihr Opfer, den verantwortlichen Redakteur.

Paul Schneider

Mit dem Genossen Paul Schneider, der dieser Tage durch einen Schlaganfall aus dem Leben gerissen wurde, ist einer der Verdienstesten unter den Parteigenossen von uns gegangen. Rund 55 Jahre hat er der Parteiorganisation angehört und nicht nur als stiller, sondern als sehr tätiges Mitglied. Aus Reichendach in Schleien stammend, hatte er das Buchbinderhandwerk gelernt und war bereits im Jahre 1872 dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beigetreten. Kurz vor dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes kam er nach Berlin, wo er alsbald an der Arbeit der Parteiorganisation reg. Anteil nahm.

Auch das Sozialistengesetz konnte seine Tätigkeit nicht unterbinden. Als Vertrauensmann der Partei in den verschiedensten Funktionen, als Pressekommissionsmitglied und in der Agitationskommission der Provinz Brandenburg wirkte er mit dem ganzen Eifer, den eine tiefbegründete Ueberzeugung ihm verlieh. Mehrere Jahre war er Vorsitzender der Organisation im 4. Berliner Wahlkreis, und 15 Jahre lang gehörte er auch der Stadtverordnetenversammlung an. Aber nicht nur die Partei, sondern auch die Gewerkschaft nahm sein Interesse in Anspruch. Er gehörte zu den Mitbegründern des Buchbinderverbandes und besonders der Zentralfrontalkasse der Buchbinder, deren Berliner Verwaltungsstelle er über 40 Jahre hindurch vorstand.

Als im Jahre 1902 der „Vorwärts“-Betrieb eine eigene Buchbinderei einrichtete, wurde der unter dem Namen „der rote Schneider“ in seinen Kreisen bekannte Genosse Schneider ihr Betriebsleiter, bis er im Jahre 1923 seines hohen Alters wegen in den Ruhestand treten mußte.

Seht hat ihn der Abzweiger aus den Reihen der Lebenden gerissen, aber allen, die ihn kannten, und deren sind nicht wenige, wird das Andenken dieses Rimmermüden ein Vorbild für die eigene Pflichterfüllung im Interesse der Arbeiterklasse sein und bleiben!

Stadtarztwahl in Neukölln.

Bei der gestern abend in der Bezirksversammlung Neukölln stattgefundenen Wahl eines besoldeten Bezirksamtsmitgliedes wurde als Nachfolger für den verstorbenen Genossen Dr. Silberstein der kommunistische Arzt Dr. Schminke-Dresden gewählt. Er erhielt 28 Stimmen, während der Kandidat der Sozialdemokraten Hugo Albrecht mit 25 Stimmen in der Minorität blieb. Auch hier erlebten wir das nicht mehr seltene Schauspiel, daß in der Stichwahl die gesamte Rechte (Völkische, Deutschnationale und Volkspartei) für den kommunistischen Kandidaten stimmte.

In der Bezirksversammlung des 13. Verwaltungsbezirks (Tempelhof) wurde gestern die Neuwahl des Vorstandes für das Jahr 1927 vollzogen. Dabei wurde an Stelle des bisherigen deutschnationalen Vorsitzenden Dr. Jäger unser Genosse Bürgermeister gewählt. Es ergab sich Stimmengleichheit, so daß das Los gezogen werden mußte. Es entschied gegen den Deutschnationalen für unseren Kandidaten. Im übrigen blieb das Bureau unverändert.

Gewalttätige Diebe.

Ein Raub grenzt ein Diebstahl, der in der Nacht zum Mittwoch bei den Berliner Elektrizitätswerken in Reinickendorf verübt wurde. Auf seinem Rundgang wurde der Wächter Ratuschke, der die Aufsicht über Baumaterialien hat, an der Siedlung „Grünland“ von einem Mann angehalten. Bevor er wußte, was der Mann wollte, kamen noch ein paar andere hinzu und fielen über ihn her. Während einige mit den Fäusten auf ihn einschlugen, bedrohte ihn ein anderer unter Vorhalten der Pistole. Der Hebeimacht gegenüber wehrlos, mußte dann der Wächter sehen, wie 50 Meter von ihm entfernt ein paar Männer ein einspänniges

Kuhrweh betraden und im Trab damit davonfahren. Auch keine Bedänger, die ihn in Schach gehalten hätten, gingen nun, immer noch mit der Pistole drohend, davon. Wie sich ergab, hatte die Bande 30 Meter schweres Bleifabel für unterirdische Leitungen aufgeladen und weggeschafft.

Das Nachspiel der Müggelseetragödie.

Strafanzeige gegen den Vater der Schwestern Weber.

Zu den Vorkäufen, die neuerdings gegen den Vater der mit ihrer Freundin Schöffow freiwillig in den Tod gegangenen Schwestern Weber, den Kriminalbeamten Karl Weber, erhoben worden, wird jetzt mitgeteilt, daß der Rechtsbeistand der ältesten Tochter, Käthe Weber, bei der Staatsanwaltschaft I Strafanzeige gegen den Vater wegen Körperverletzung und öffentlicher Beleidigung erstattet hat. Dieser Anzeige liegt ein Vorfall zugrunde, der sich drei Tage vor dem Selbstmord der drei Mädchen, am 10. Januar, in der Bülowstraße abgespielt hat. Käthe Weber behauptet, daß ihr Vater sie an diesem Tage auf offener Straße mit einem Stoß so brutal verprügelt habe, daß der Stoß zerbrach, und daß er sie ferner öffentlich beschimpft habe. Ein ärztliches Attest soll diese Mißhandlung bestätigen. Im übrigen werden die Angaben des Vaters über einen unethischen Lebenswandel seiner ältesten Tochter und über ihren unheilvollen Einfluß auf die freiwillig aus dem Leben geschiedenen jüngeren Schwestern von Käthe Weber sehr energisch bestritten. Dagegen habe ihr Vater seine erste Frau und seine Töchter, zumal er auch stark getrunken habe, wiederholt mißhandelt, so daß die Mädchen bei Hausbewohnern Schutz suchten. Klarheit über diese Vorkäufe, die den Selbstmord der Schwestern in einem neuen Licht erscheinen lassen, dürfte das gerichtliche Verfahren, wie auch die von der Kriminalpolizei gegen den Beamten eingeleitete Untersuchung erbringen.

Leben und leben lassen!

Wie einer 28 000 Mark unterzückung und ausgab.

„Barum soll ich nicht auch einmal den Krösus spielen“, sagte der Bädergenosse Adolf Knöchelmann, dem es trotz seiner sieben Vorstrafen gelungen war, eine Stelle als Bote bei einer Brauerei in Friedrichshagen zu bekommen. Er hatte nämlich gerade 28 000 Mark mit dem Auftrag erhalten, sie zu einer Bank nach Rönitz zu bringen.

Während er in der Straßenbahn fuhr, wurde er von einem Gewitterregen überroht und zog es an der Endhaltestelle vor, erst einmal das Ende des Unwetters in einer Kneipe abzuwarten. Dort trank er mehrere Kognaks, und dabei fiel ihm ein, daß er doch auch einmal den großen Herrn spielen könne. Er fuhr also nicht zur Bank, um das Geld abzuliefern, sondern nach Berlin. Das erste war, daß er sich sein einleibtes und einen eleganten Koffer kaufte. Dann stürzte er sich in das Vergnügungsleben der Großstadt. Am Kurfürstendamm lernte er eine junge „Dame“ kennen, mit der er beim Sekt eine vergnügte Nacht verlebte und ihr auch ein Bündel Banknoten schenkte. Der Abend kostete 800 Mark. „Ach was ja auf einer Vergnügungstour“, erklärte Knöchelmann vor Gericht. Im Zugzug ging es dann nach dem Süden, durch Süddeutschland und mit gekauften Pässen durch die Schweiz und durch Italien. Ueberall wurde das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen. In Zürich lernte er eine Schauspielerin kennen, der er einen Brillantschmuck für 4800 Mark schenkte. Den Eintritt in Italien feierte er in Chiasso damit, daß er die ganze Station mit Chianti freihieß. Dann ging es weiter. Mailand gefiel ihm besonders gut. Auf seinen Tagebuchzetteln steht vermerkt: „Herrlich romantischer Mordmord, 2000 Mark ausgegeben.“ Er führte nämlich gefreulich Buch über die Ausgabeposten in jeder Stadt. In Benedig bekam er Lust, auch einmal selbst den Gondellere zu spielen und kaufte sich eine Gondel für 800 Mark, die er großmütig bei der Abreise dem Portier seines Hotels am Lido zum Geschenk machte. So ging es weiter nach Genua, wo er die Wairofen eines Mondampfers freihieß und beschenkte, nach Pisa, Rom und Neapel. Dann packte ihn die Sehnsucht nach der Heimat, und er beschloß, den Rest des Geldes in Deutschland durchzubringen. Das gelang ihm auch in ganz kurzer Zeit am Ostseestrande. Er machte nur Fahrten im Auto. Bei einem Ausfluge kam er durch ein Dorf, in dem gerade ein Kriegerdankmal eingeweiht wurde. Als vornehmer Herr ließ er sich dem Vorstande vorstellen und machte eine ansehnliche Spende. Die Herrlichkeit war bald zu Ende, und in Steinfurth mußte er die schönen Koffer und seine Sachen verkaufen, und 4 Klasse fuhr er, der im Urlaubsgesetz losgefahren war, nach Berlin zurück. Noch hatte er 60 Mark in der Tasche. Daraus verkneipte er noch schnell 55 Mark. Mit den letzten 5 Mark bezahlte er das Auto, das ihn zum Polizeipräsidium fuhr, wo er sich freiwillig stellte. Der Sachverständige bezeichnete den Angeklagten als einen degenerierten Menschen, einen haltlosen Psychopathen, der aber nicht geisteskrank sei. Die vom Staatsanwalt beantragte Strafe von vier Jahren Gefängnis erschied dem Gericht zu hoch; denn ebenso leichtsinnig wie der Angeklagte gehandelt habe, sei es auch von dem Arbeitgeber unverantwortlich gewesen, einem vermögenslosen Menschen eine so hohe Summe anzuvertrauen. Anschließend erhielt wegen Unterschlagung zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft.

Berlin und die „Behala“.

Der deutschsoziale Stadtverordnete Richard Runze („Knüppel-Runze“) spielt gern in lächerlicher Wichtigkeit den treuen Warner, der die Stadt vor Schaden bewahren will. Auch über den Vertrag der Stadt mit der „Behala“ (Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft) hatte er erzählt, daß die Stadt aufs schwerste geschädigt sei. Er hatte einen Antrag eingebracht, der zunächst zur Einsetzung eines Ausschusses führte. Die von diesem Ausschuss besorgte Prüfung der Runzischen Behauptungen hat ergeben, daß sie sinnlos sind. Den auf die Behala neldischen Unternehmern hatte Runze mit seinen Angriffen eine große Freude bereitet, aber nachdem jetzt der Ausschuss seine Arbeit beendet hat, dürften sie weniger vergnügt sein. Es konnte festgestellt werden, daß die Hafenwirtschaft Berlins sich in den letzten Jahren gut entwickelt hat. Die Stadt Berlin und ihre Bevölkerung hat von diesem Erfolg mehr Vorteil gehabt als von einem erbedlich schmeißenden Barbetrag, wenn ein solcher durch Vertrag dem Stadtbudget gesichert worden wäre. Die Schiffahrtsgesellschaften für Berlin als Hafennort mehr zu interessieren, war der Hauptzweck jenes Vertrages, der in der Inflationszeit mit der die Häfen pachtenden Unternehmungirma Schenker u. Co. geschlossen werden mußte. Die Behala hat vertragsgemäß auch die Kosten von Neubauten tragen müssen, im ganzen bereits vier Millionen Mark, mit denen sonst die Stadt belastet worden wäre. Wenn der Pachtvertrag zu Ende geht, kommt das alles der Stadt zugute, ohne daß sie dafür eine Entschädigung zu zahlen hat. Im Ausschuss wurde der Antrag

Frauen-Anmut und Schönheit

sind von körperlichem Wohlbefinden abhängig! — Anzählige Frauen leiden an Störungen der Verdauungsorgane, aber Lugin verschafft ihnen neues Wohlbefinden und Lebensfreude, die sich unverkennbar in ihrem Antlitz widerspiegeln. Lugin ist das ideale Abführmittel und schmeckt wie das feinste Konfekt. Eine Dose kostet M. 1.50. In allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Kunze abgelehnt; er erhielt nur die kommunistischen Stimmen und eine deutsch-nationale Stimme. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der den Magistrat ersucht, darauf hinzuwirken, daß Berlins Einfluß auf die Besala verstärkt wird.

Pestalozzi der entschiedene Schulreformer.

Im Rahmen der Vorträge des Bundes entschiedener Schulreformer würdigte Hermann Kölling in einem zweistündigen Referat Pestalozzi als entschiedenen Schulreformer. Das Leben dieses einzigartigen Menschen war reich an Sorgen, Arbeit und Armut, überstrahlt aber von einer unendlichen Güte, die sich den Armen und Verlorenen mitteilte. Pestalozzis Idee, Erziehung und Wirtschaftsführung in Verbindung zu bringen, war die erste Etappe zur Produktionschule. In Erkenntnis der Tatsache, daß „bei jedem die Besenheit eine andere ist“, kam es ihm in seinen Erziehungs- und Bildungsproblemen nicht darauf an, einen verbesserten Nürnberger Trichter zu schaffen, sondern Menschen zu bilden. „Werde was du bist“, d. h. entfalte deine Persönlichkeit zum Vollmenschen, war seine Lehre. Die harmonische Ausbildung des Menschen, nicht die geistige Verdrängung und seelische Vernachlässigung, war sein Ziel. Ihm kam es auf die Herausbildung der Erkenntnis aus dem täglichen Leben, nicht auf Bücherweisheit an. Viel umstritten ist die Gestalt Pestalozzis als Philosoph, als Politiker, als Wissenschaftler und Künstler. Seine Beziehungen zur Religion sind nicht die eines Dogmatikers, aber auch nicht die eines Frömmers. Der Mann, der keine philosophischen Systeme kannte, der in jedem ersten Lehrereigenen mit seiner Grammatik glatt durchgefallen wäre, war der historischen Religion gegenüber ein tiefer Skeptiker. Sein Leben jedoch ist eine ununterbrochene religiöse Tat, Burgdorf, Stanz, Neuhof mit ihren Anstalten sind die lebenden Werkzeuge dieses wahrhaft religiösen Menschen. Pestalozzi in eine politische Partei einzuordnen, fällt schwer. Er ist Revolutionär, er kritisiert die Sünden der Reichen wie die Laster der Armen.

Die deutschen Schulen schiden sich an, am 17. Februar den hundertjährigen Todestag dieses von unermesslichen Ideen durchströmten entschiedenen Schulreformers feierlich zu begehen. Sie werden ihn feiern in ihrem Sinn. Die deutschen entschiedenen Schulreformer werden Pestalozzi weniger feiern, aber mehr pestalozzisch leben. Genosse Professor Paul Decker ergänzte das Referat Köllings durch Zitate aus Pestalozzis Werken und brachte ihn den Hörern weniger als Sozialpädagoge und Individualpädagoge, mehr als Tatpädagoge näher. Pestalozzis Ziel der Menschenbildung ist auch das der entschiedenen Schulreformer, die trotz Kantordat und Reichsschulgesetz ihrem kategorischen Imperativ treu bleiben werden: Nun erst recht!

Eine Pestalozzi-Gedenkfeier veranstaltet der Bezirksbildungsausschuß am 17. Februar, dem 150. Todestage des großen Sozialpädagogen, im Oberlichtsaal der Philharmonie, Bernburger Straße. Der Jugend- und Kinderchor des Gesangsvereins „Freiheit“ (Charlottenburg) leitet die Feier ein. Oberstudienrat Genosse Karzen würdigt in einer Rede den Mann und sein Werk; eine Sprecherin wird aus den Werken Pestalozzis lesen. Eintrittskarten sind Anfang nächster Woche in den bekannten Lokalen zu haben. — Der Bezirksbildungsausschuß bietet am Sonntag, den 30. Januar, nach-

mittags 3 Uhr, in der Volksbühne am Bülowplatz die Komödie von Stefan Zweig (nach Ben Jonson) „Volpone“ (oder „Der Tanz ums Geld“) Preis der Karte einschließlich Kleiderablage und Theaterzettel 1,20 M. Karten sind noch in allen bekannten Verkaufsstellen zu haben. Die Bildungsobleute werden gebeten, die noch ausstehenden Karten umgehend mit uns abzurechnen, da wir die Abrechnungen für den Jahresabschluss dringend benötigen.

Volksbildung und religiöse Philosophie.

Im Rahmen der vom Volksbildungsamt Kreuzberg veranstalteten Bildungsabende sprach im Bezirksamtgebäude Jakobstraße Dr. Rudolf Schottlaender zum Thema „Die Religion im Lichte der neuen Philosophie“. In einem historischen Rückblick berichtete der Vortragende über Blütezeit und Untergang der Religion und ihrer Vorkämpfer; den Franzosen Auguste Comte, dessen Lehre der positiven Philosophie als erste die Grundfesten des mittelalterlichen allmächtigen Katholizismus ins Wanken brachte, den holländischen Philosophen Spinoza, der die biblischen Wunder vom Standpunkt der Naturgesetze für vollkommen unglaubwürdig erklärte und noch vielen anderen, die dem Hokusfokus, den man mit geschichteten Mitteln der Masse einfach suggerierte, auf dem Wege der Vernunft energisch zu Leibe rückten. Der Vortrag hatte durch seine gänzliche Unpersönlichkeit, die sich ausschließlich auf Dogmen stützte, etwas trocken Lehrhaftes, und es war eigentlich recht unklar, worauf der Redner hinaus wollte. Sollte es eine religionsgeschichtliche Unterrichtsstunde oder sollte es ein zartes Bogen an die stark verchristeten, aber hier und da vielleicht doch noch glimmenden Ueberreste religiöser Feuers sein? Einige der Zuhörer empfanden wohl das Letztere und legten Protest dagegen ein. Wie gesagt, wirkte aber das Ganze gänzlich harmlos, und es ließ sich beim besten Willen eigentlich keinerlei tendenziöses Wollen daraus konstruieren. Die auf diesem Gebiete stets leicht enthusiastische weibliche Zuhörerschaft war Feuer und Flamme für das Thema und wehrte in temperamentvoller Weise die Angriffe auf den Redner ab.

Die schwarzweihrote Apotheke. Man schreibt uns: In der Großen Frankfurter Straße Nr. 134 gibt's eine Reichsadler-Apotheke, die alle Präparate mit einem schwarzweihroten Hütchen nebst Reichsadleragriffe schmückt. Mag sein, daß dies vielleicht nur ein Akt der Sparbarkeit ist und daß man nur die monarchistische Makulatur nicht verkommen lassen möchte. Auf jeden Fall aber mutet die Sache heute, selbst in den Bürgerblocktagen, recht seltsam an. Farbe bekennen — ob so oder so — ist schließlich auch ein Standpunkt, aber dann gefälligst Stange halten. Wie wär's mit einem ehrlichen Affront an die „Andersgefärbten“ des Bortlaufs: „Ware wird nur an Geldgesinnte abgegeben!“ Aber das kann man natürlich vom ökonomischen Standpunkt aus nicht riskieren, und so wäre es vielleicht denn doch ratfamer, sich als Geschäftsmann den bestehenden Dingen ein wenig anzupassen.

Frift für die Abgabe der Steuererklärungen in Berlin. Wie wir hören, hat der Präsident des Landesfinanzamts Berlin als Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für Berlin die Zeit vom 15. bis 28. Februar 1927 bestimmt. Eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärungen wird vor Beginn der Erklärungsfrist im Anzeigenteil erscheinen.

Bahnbrechende Frauen. Die Vortragsabteilung der Funktionäre Berlin hat mit Beginn vom 11. Februar abermals eine wertvolle Bereicherung ihres Gesamtprogramms vorgenommen. Im Rahmen der belannten Vortragsfolgen „Frauenfragen und Frauenfragen“ beginnt die Schriftstellerin Udele Schreiber einen Vortragszyklus mit dem Titel „Bahnbrechende Frauen“, sechs Lebensbilder unter Einbeziehung persönlicher Erinnerungen. Die Vorträge finden allmählich am Freitag statt und behandeln folgende Frauengestalten: 1. Bertha von Suttner, die Friedenstämpferin, 2. Luise Michel, die Revolutionärin.

Durch unvorsichtiges Handeln mit einem Revolver wurde gestern abend gegen 1/8 Uhr der bei der Firma B. in der Leipziger Straße 58 angestellte 66jährige Bäcker Gustav St. aus der Posener Straße 3 schwer verletzt. St. zeigte die Waffe einem Bekannten, der dem Abzugshahn zunähe kam. Blötzlich ging ein Schuß los, und die Kugel drang St. in den Oberschenkel. Er wurde zur nächsten Rettungsstelle und von dort in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Arbeiter-Kultur-Karier Groß-Berlin. Am Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 3¹/₂ Uhr, im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Straße, drittes Arbeiter-Sinfoniekonzert. Zur Aufzählung gelangen Werke von Tschernin, Arnold Schönberg, Franz Schubert. Preis der Karte 1,50 Mark. Karten sind zu haben im Verkaufsstell des VVB, Engelauer 24-25, in den Büros der Verbände, Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 710, Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Mittelstr. 1, Sparvereinsklub Nord, Engelauer 24-25, Labarbeiters VVB, Inselstraße 6, Buchhandlung Schwab, Lindenstraße 2. Bei den Bildungsobleuten der Kreise und Abteilungen, in den Vorwärts-Expositionen. — Wir bitten die Bildungsobleute und die Funktionäre, umgehend die noch ausstehenden Karten für Freitag, Sonntag, Konzerte, Jahresabendfeier usw. abzurechnen. Wir brauchen die Abrechnungen außerordentlich dringend für unseren Jahresabschluss.

Protest der Gewerbeamte. Am heutigen Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, findet in den Odenwaldpark-Festhallen in Charlottenburg, Berliner Str. 105, wiederum eine Protestversammlung von Geschäftsraumleuten statt. Referenten sind: Volkswirt H. B. Fritz Dzialt und Rechtsanwalt Dr. Kunkel. Die Versammlung ist einberufen vom Mieterverein Charlottenburg e. V. im Reichsbund Deutscher Mieter e. V. Nach den Vorträgen findet freie Aussprache statt.

Eine große öffentliche Mieterversammlung findet am Freitag, den 28. Januar 1927, abends 1/8 Uhr, in Lichtenberg im Gärtchen-Luzern Parkhausstraße, statt. Sie wird einberufen vom Reichsbund Deutscher Mieter e. V., Ortsverein Berlin-Lichtenberg (17. Verwaltungsbezirk).

Morgensfeier der Arbeiter-Jünger. Der 2. Bezirk des VVB veranstaltet am Sonntag, den 30. Januar, vorm. 11 Uhr, im „Vereinspolen“ Luriner Straße, Nähe Seebrücke, ein Vormittagskonzert. Raffinierter und Gemüthlicher Köder werden mit. Zur Aufführung gelangen Freilicht-Solli- und Kunstlieder. Eintritt 50 Pf. Saalöffnung 10 Uhr.

Die Jugendweiche in Charlottenburg findet am Sonntag, den 27. März, im Schillertheater statt. Der Vorbereitungsunterricht erfolgt jeden Montag und Freitag von 4-6 Uhr in der weltlichen Schule, Spreerstr. 39, durch den Rektor Wilhelm Schmäder. Es verpflichtet, einmal wöchentlich am Vorbereitungsunterricht teilzunehmen. Anmeldungen vor dem Beginn des Unterrichts.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend. (Nachdruck verb.) Teilw. heiter, teils bewölkt, trocken und langsam steigende Temperaturen. — Für Deutschland: Im Westen meist bewölkt, Temperaturen über Null, sonst kaum wesentliche Änderungen.

Da gehöre ich hinein!



wenn Sie preiswert eine gute, nahrhafte Erbsensuppe auf den Mittagstisch stellen wollen. Ich muß ohne jede Zutaten nur 20 Minuten in Wasser gekocht werden und bin tellerweise verpackt.

Knorr Erbsenwurst

und andere Suppen in Wurstform, wie Spargel, Reis mit Tomaten, Ochsenschwanz, Eiernudeln usw.



2 neue Freunde

Freundschaften zwischen Tieren sind nicht selten, ja selbst die ungleichsten Paare finden sich im Reiche der Natur zu Schutz und Spiel zusammen.

Ist es da zu wundern, daß die Freundschaft zwischen dem Berliner Bären und dem Erdal Rotfrosch so schnell und so dauerhaft geschlossen wurde? Erdal Rotfrosch hat die Berliner nicht enttäuscht u. wird sie nicht enttäuschen.

Wenn das Wetter naß und kalt ist, wenn größte Wetterfestigkeit der Schuhe vor Krankheit schützen soll, dann ist Erdal Rotfrosch ein wahrer Freund. Erdal Schuhcreme schützt durch seinen Gehalt an edlen Wachsen das Leder vor Nässe, konserviert es und gibt ihm jenen strahlenden Hochglanz, welcher so notwendig ist für die Gesamterscheinung des Menschen und welcher selbst alte Schuhe ins beste Licht setzt.

Alles was aus Leder ist, ob schwarz oder farbig, wird aufs beste gepflegt und erhalten durch die vielfach bewährte Schuhcreme Erdal.

Erdal Marke Rotfrosch

Zentralranken- und Begräbniskasse der Buchbinder-Verwaltungsstelle Berlin.

Nicht ganz unvorbereitet erhielten wir die Nachricht, daß unser langjähriger Vorsitzender

Paul Schneider

am 24. Januar durch einen Schlaganfall seinen mehrjährigen Leiden erlag. Mehr als 40 Jahre hatte er die Leitung der Verwaltungsstelle in Händen und während dieser Zeit hatte er es verstanden, in der umsichtigsten Weise die Geschäfte zu führen. Auf das Innigste war er mit der Kasse verwachsen und nur ungern schied er vor einigen Jahren von seinem Posten. Seine Kraft reichte nicht mehr aus. Unvergesslich wird er für uns bleiben.

Der Vorstand.

Die Einäscherung erfolgt am Freitag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

Um zahlreiche Beteiligung der Kassemitglieder wird gebeten.

Aus Anlaß der Einäscherung bleibt das Kassenzimmer am Freitag abend geschlossen, da wir fest am Sonnabend nachmittags von 2-5 Uhr.

Am Donnerstag, den 11. Januar, verstarb unser Langgenosse

Fritz Weidig

Wir trauern in dem Genossen einen lieben, aufopferungsreichen Rämpfer, sein Beispiel wird uns Vorbild sein.

Beitragende der Freien Turnerschaft Knackli-Brick.

Die Beisetzungsfeier am Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr, im Baumgartenweg statt.

Beerdigung

Nur die überaus herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beisetzungsfeier des unglücklich aus dem Leben gerissenen lieben Mannes, des Roblienhändlers

Johannes Trümper

gar ich allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kunden meinen innigsten Dank.

Frau Witwe Antonie Trümper, Köpenicker Str. 2

Metalbetten

Stahlmattressen, Kinderbetten, etc. in 200 bis 500 cm. Eisenbedelabrik Suhl, Thür.

Parteinachrichten

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin S W 8, Lindenstraße 2.



für Groß-Berlin

Wies an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 3 Trepp. erste, zu richten

- 1. Kreis Weiblich. Freitag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr. Aufkommenschaft...
2. Kreis Weiblich. Freitag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr. Aufkommenschaft...
3. Kreis Weiblich. Freitag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr. Aufkommenschaft...

Heute, Donnerstag, 27. Januar:

108. Wd. Kassenid. 7 1/2 Uhr im Stadttheater am Wilhelmplatz Generalversammlung...

Morgen, Freitag, 28. Januar:

109. Wd. Kassenid. 7 1/2 Uhr im Stadttheater am Wilhelmplatz Generalversammlung...

110. Wd. Kassenid. 7 1/2 Uhr im Stadttheater am Wilhelmplatz Generalversammlung...

111. Wd. Kassenid. 7 1/2 Uhr im Stadttheater am Wilhelmplatz Generalversammlung...

Jungsozialisten. Heute, Donnerstag, 27. Januar:

Gruppe Kraske 1 und 2: 8 Uhr in der Volkshäuser-Gesellschaft...

Freiveranstaltungen:

- 1. Kreis Friedrichshagen. Die Abteilungsleiterinnen werden gebeten...
2. Wd. Kassenid. 7 1/2 Uhr in der Casino Weiblich...

126. Wd. Kassenid. 7 1/2 Uhr im Stadttheater am Wilhelmplatz...

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Arbeiter und Arbeiterinnen...
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Arbeiter und Arbeiterinnen...

Lichtbildervortrag

der Freien Schulgemeinschaft Friedrichshagen am Freitag, den 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Funkwinkel

Die Märchenstunde bietet diesmal einen Genuss. Geisterstamm entzündende Märchen...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

10. Wd. Unser Genosse Hermann Kriedemann ist verstorben. Sein feierliches Beerdigungsgedächtnis...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Sozialistenabende heute 7 1/2 Uhr im Jugendsekretariat. Sozialisieren für die Führerschaft...

Heute, Donnerstag, 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr:

Karten: Jugendheim Schule Volkshaus Str. 2. Vortrag: 'Hilf uns die Welt zu erobern...'...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'. Geschäftsstelle: Berlin S W 8, Schönhafer Allee 37...

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater, Trianon-Th., Opernhaus, Schauspielhaus, Volksbühne, Wallner-Theater, etc.

„Die Frau ohne Namen“ Der große Weltreisefilm in 2 Teilen. Regie: Georg Jacoby. Elga Brink / Georg Alexander.

MARMORHAUS und PHOEBUSPALAST Europahaus. MATADOR FILM VERLEIH G.m.b.H.

CASINO-THEATER. Ein Tag im Paradies! Neul. Ausscheiden! Gutschein 1-4 Pers.

Wintergarten. Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Vicky Weckmeister.

Berliner Ulk-Trio. Neukölln, Lahnstr. 74/76.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Achtung! Verwaltungsmittglieder! Freitag, den 26. Januar, abends 7 Uhr.

Reines Theater am Zoo. Erika Glässner in Modellhaus Crevatte.

Walhalla-Theater. Es war einmal in Heidelberg mit 4 Schlagern...

Krause-Pianos zur Miete. W.B. Ansbacherstr. 1.

Neue Welt. A. Scholz. Hasenheide 108/114. Donnerstag, d. 27. Januar, sowie täglich.

Bockbierfest in den Bayer. Alpen. 8 Kapellen. Neue Dekorationen.

Komische Oper. Premiere verlegt auf Sonntag, 29. Jan., 7 1/2 U.

Die Sünden der Welt. Hans Albers, Franz Baumann.

Grüne Haare. erhalten durch 'Kinoir' das ursprüngl. Farbe sofort waschbar wieder.

Achtung! Billiger Fleisch- und Wurstverkauf. 40 Tharstraße 40.

Eduard Süßkind's Extra billige Rotweinverkäufe

Table with wine prices: Feinster Spanischer Rotwein, Rotwein 'Domaine de las Casas', etc.

Ausschank direkt vom Faß. Trotz Preissteigerung!

Table with wine prices: Malvasier, griechischer Rotwein, Terrazone, etc.

Kostproben gratis. Aquavit, Weinbrand-Verschnitt prima, etc.

Eduard Süßkind's Verkaufsstellen. Hauptgeschäfts Berlin N 51, Brunnenstr. 43.

Johannsen's Kaffee und Tee. Von erlesener Güte. Schutz-Mark.

Siedlung und preußischer Landtag.

Feststellungen des Siedlungsausschusses. — Eine noch nicht erledigte Interpellation.

Aus der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtags wird uns geschrieben:

Gegen die Siedlungsabteilung des preußischen Landwirtschaftsministeriums sind in den letzten Monaten sehr scharfe Angriffe gerichtet worden. Die Großgrundbesitzer lärmten und tobten, weil ihnen bei den umfangreichen Landläufen zu Siedlungszwecken nicht der Preis gezahlt wurde, auf den sie rechneten. Interessierte Finanzkreise, die auf ein glattes einträgliches Geschäft bei der Durchführung der Siedlung hofften, gingen zum Sturm gegen die Siedlungsabteilung vor, als sie ihre Pläne durchkreuzt sahen. Enttäuscht und um manche Hoffnung ärmer stand ebenfalls die große Schar der Siedler und Siedlungslustigen in scharfer Front gegen die Abteilung in der Staatsregierung, die sich besonders der Interessen dieser großen Bevölkerungsschicht annehmen sollte. Die Angriffe beschränkten sich nicht auf die Siedlungsabteilung und das Landwirtschaftsministerium, sondern ein Teil der Presse ging konzentrisch vor gegen die angeblich landwirtschaftsfeindliche preußische Staatsregierung unter Führung des Sozialisten Braun. Um der Regierung Gelegenheit zu geben, alle Zweifelsfragen vor der Öffentlichkeit aufzuklären, brachte die sozialdemokratische Fraktion des Landtags

eine Große Anfrage

ein. In dieser Anfrage wird festgestellt, daß gegenüber den durch die Reichs-Siedlungsverordnung vom 30. Januar 1919 geschaffenen Siedlungsmöglichkeiten das bisherige Ergebnis der Siedlungspolitik als sehr bescheiden zu bezeichnen ist. Das Staatsministerium wird gefragt, was zur energischen Fortführung der Siedlung geschehen wird, wie groß die im Anliegerlebensverfahren übertragenen Flächen nach den verschiedenen Besitzverhältnissen sind, wie sich die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften und die Kulturämter bewähren haben und inwieweit durch finanzielle Beteiligung öffentlicher Körper eine wesentliche Förderung der Siedlungstätigkeit zu erwarten ist.

Die Vorbereitung der Antwort der hier gestellten Fragen mußte sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Umfangreiche Nachfragen und Erhebungen bei den Kulturbehörden und Siedlungsgesellschaften in den einzelnen Provinzen mußten vorgenommen werden. Angesichts der schweren Vorwürfe gegen die Siedlungsabteilung mußte jedoch auf eine schnelle Klärung gedrängt werden. Gelegentlich der Beratung eines deutschnationalen Antrages gab das Landwirtschaftsministerium eine Denkschrift über den Stand der Siedlung in Preußen heraus. Aus den Akten des Ministeriums wurde hier in chronologischer Reihenfolge die Verhandlung zwischen Preußen und dem Reich in der Siedlungsfrage dargestellt. Die Klagen über die Tätigkeit der provinziellen Siedlungsgesellschaften veranlaßte die Staatsregierung zur Herausgabe besonderer Zeitsätze zur Herbeiführung einer verstärkten Staatsaufsicht über diese Gesellschaften. Die Landeskulturamtspräsidenten bekamen ebenfalls verstärkte Dienstweisung. In zweitägiger Beratung fand der deutschnationalen Antrag in Verbindung mit der Denkschrift und den Zeitsätzen zur Durchführung einer scharferen Staatsaufsicht über die provinziellen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften im Siedlungsausschuß seine Erledigung. Als Auffassung des Siedlungsausschusses ist folgendes festzustellen:

Von einer Sabotage der bereitgestellten Reichsmittel zu Siedlungszwecken durch preußische Verwaltungsstellen kann nicht ge-

sprochen werden. Anerkennung wurde dem Landwirtschaftsministerium dafür ausgesprochen, die Bildung einer Reichs-Siedlungsbehörde verhindert zu haben. Die Neuschaffung einer solchen Behörde muß zu einer erneuten Belastung der Siedlung führen, die vermieden werden kann. Der preußische Siedlungsapparat, die Siedlungsgesellschaften und die Kulturbehörden sind so umfangreich, daß mit ihrer Hilfe die Durchführung der Siedlung ohne Schaffung weiterer Instanzen möglich sein muß, wenn die nötigen Mittel vorhanden sind. Anerkennung fand ebenfalls die Verhinderung der Zulassung besonderer Bankinstitute für die Ueberleitung der Kredite und für die Wirtschaftsberatung. Diese Aufgaben müssen ohne weiteres von den Siedlungsgesellschaften und den Kulturbehörden mit erledigt werden. Wie die Schaffung einer besonderen Reichs-Siedlungsbehörde, muß ebenfalls die Zulassung besonderer Bankinstitute zu einer stärkeren Belastung der einzelnen Siedler führen, die vermieden werden muß. Die Differenzen in den Zahlen in der Denkschrift des Landwirtschaftsministeriums und den Unterlagen aus der Rentenbankkreditanstalt erklären sich aus den noch schwebenden Kaufverfahren größerer Objekte. Dasselbe ist der Fall bei den Differenzen in den Kaufpreiszahlen. Das Reich legt ganz mit Recht auf den Kauf einzelner Objekte besonderen Wert, daher der erhöhte Kaufpreis. Preußen dagegen konnte die teureren Objekte fallen lassen und sich an die billigeren halten. Der Ausschuß begrüßte die an die Landeskulturamtspräsidenten ergangene Anweisung, in Zukunft mit allem Nachdruck alle Siedlungsbestrebungen, auch von privater Seite, energisch zu fördern. Die Zeitsätze für die Tätigkeit der provinziellen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften nahm der Ausschuß zur Kenntnis. Aus dem Zusammenwirken dieser beiden letzten Maßnahmen wird ein entschiedener Erfolg für die Siedlung in Zukunft erhofft.

Forderungen der Sozialdemokratie.

Von sozialdemokratischer Seite wurde in der Debatte noch auf folgendes besonders hingewiesen: Die Mängel und Mißstände in den provinziellen Siedlungsgesellschaften sind uns durchaus bekannt. Selbstverständlich fühlen wir uns verpflichtet, durch scharfe und schärfste Kritik auf Abstellung dieser Mißstände zu drängen. Der Geist in den Kulturbehörden muß ein anderer werden. Mehr soziales Verständnis, mehr Entgegenkommen gegenüber den Forderungen des kleinen Mannes muß unter allen Umständen verlangt werden. Die Beratung unserer Interpellation steht noch aus. Bei der Beratung werden wir Gelegenheit nehmen, unsere Wünsche und Forderungen in einzelnen vorzutragen. Bis dahin wird schon in der Öffentlichkeit festzustellen sein, wie die Zeitsätze für die Siedlungsgesellschaften und die Anweisungen für die Kulturbehörden sich auswirken werden. Genügen diese Anweisungen und Richtlinien nicht, wird die sozialdemokratische Fraktion die beschleunigte Anwendung scharferer Maßnahmen fordern. Es muß endlich gelingen, die Klagen in der Siedlungspolitik auf ein Minimum herabzudrücken. Neben den vorgegebenen Reichsmitteln wird aber der Staat erhebliche Aufwendungen aus eigenen Mitteln machen müssen, wenn die Siedlung in dem Tempo durchgeführt werden soll, wie es allgemein gewünscht wird.

„Die Möglichkeiten und die Notwendigkeiten der Staatskontrolle“ sind nicht, wie der Berichterstatter des „Vorwärts“ meint, „später“, sondern schon jetzt zu erwägen und, wenn nötig, zu erkämpfen.“

Die Zuschrift spricht leider an unserer Problemstellung vorbei. Wir sagten:

Wir wollen nur noch einmal mit aller Schärfe unseren Standpunkt dahin festlegen, daß, was auch in der Frage der Ferngasversorgung geschehe, jede Möglichkeit der Schaffung einer zukünftigen Zusatzrente aus der Steigerung des Gasverbrauchs in Deutschland nicht dem Privatkapital, sondern dem Gesamtinteresse zugute kommen muß. Unter diesem Gesichtspunkt sind die gegenwärtig laufenden und in der Zukunft noch zu führenden Vertragsverhandlungen zwischen den Zechen und den verbrauchenden Gemeinden eine öffentliche Angelegenheit, allererster Ordnung, bei der der Arbeiterchaft überhaupt keine Wahl übrig bleibt. Es ist auch volkswirtschaftlich gesehen ein laienmännliches Problem, das hier zu lösen ist. Solange aber nur die Gemeinden mit den Zechen verhandeln, so lange muß die Arbeiterchaft die Position der öffentlichen Hand mit allen Mitteln stützen.

Daraus ergibt sich deutlich, daß die Lösung von der Arbeiterchaft in erster Linie unter dem Gesichtspunkt zu betrachten ist, daß der finanzielle Vorteil aus der Steigerung des Gasverbrauchs der Gesamtheit zugute kommen muß und nicht dem Zechenkapital. Ueber diesen Grundsatz kann in der organisierten Arbeiterchaft kein Streit möglich sein. Der zweckmäßigste Weg dazu scheint uns allerdings die interkommunale Großwerks-Fernversorgung zu sein, weil hier die technischen und laienmännlichen Gewinne aus jeder Gasablastelgerung sofort und mit Sicherheit der Gesamtheit zugute kommen, gleichviel auf welchem Wege. Dagegen ist nach allen bisherigen Erfahrungen sowohl die Gewerkschaftswirtschaft als auch die staatliche Preiskontrolle und die majoritäre Beteiligung in den heutigen hochkapitalistischen Verhältnissen ausschließlich eine Frage der Macht, die auf absehbare Zeit sich noch gegen den Massenverbrauch auswirkt. Das Sortenproblem der Ruhr ist in erster Linie ein Rentabilitätsproblem des privaten Zechenkapitals, das unter keinen Umständen auf dem Rücken der Verbraucher gelöst werden darf, wie es das Zechenkapital jetzt will. Der hundertprozentige Sortenausgleich brächte zwar sicherlich dem Zechenkapital klingenden Gewinn, weil es das investierte Kapital leichter verzinsen kann; für eine stärkere Beschäftigung an der Ruhr aber wäre nicht die mindeste Garantie gegeben, was viel verkannt wird. Insbesondere aber würde eine reichsweite Regelung des Bezugs gerade der interkommunalen Großwerks-Fernversorgung erst die Bahn zu einer erfolgreichen Initiative freimachen. Das hindert keineswegs, schon sofort zu erwägen, wie im Falle zahlreicher Vertragsabstufungen mit Ruhrzechen Monopolen abgewehrt werden können.

Oberbürgermeister Böh und Ferngasversorgung. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die von einem hiesigen Korrespondenzbureau verbreitete Nachricht, nach der der Berliner Oberbürgermeister Böh auf der nächsten Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages, Mitte Februar, über die Frage der Ferngasversorgung sprechen wird, völlig unzutreffend ist.

Arbeitsmarkt in der dritten Januarwoche.

Die Lage auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ist nach den Berichten der Landesarbeitsämter in der dritten Januarwoche einheitlich. Während in der Grenzmark, in Berlin, in Schlesien, Sachsen, Thüringen, Hannover, Württemberg und Bayern eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, die jedoch im Verhältnis zu den Vormonaten im Tempo der Verschlechterung sich weiter verlangsamte, ist sie in den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Brandenburg, Oldenburg, Rheinland, im Freistaat Sachsen und in Baden fast zum Stillstand gekommen. In Westfalen, Schleswig-Holstein und in Bremen ist die Zahl der Arbeitslosen sogar etwas gefallen. Dies verlangsamte Tempo bzw. der Stillstand und die teilweise Besserung ist in erster Linie zurückzuführen auf die durch das milde Wetter bedingte Ausnahme von Außenarbeiten. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Tendenz des Arbeitsmarktes, wenn auch die Arbeitslosigkeit größer ist als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, doch Grund zu einer günstigeren Beurteilung gibt.

Kanal oder Eisenbahn?

Auf Veranlassung des Vereins Berliner Architekten und Ingenieure hielt am Montagabend im Herrenhaus Dr.-Ing. Giese, Professor an der Technischen Hochschule, einen Vortrag über das Thema „Eisenbahn- oder Wasserstraßenförderung“. Seine Darlegungen richteten sich gegen weitere Kanalbauwünsche, nachdem im Arbeitsbeschaffungsprogramm bereits eine Erweiterung des Wasserstraßennetzes und der Ausbau einer größeren Reihe von Kanälen festgelegt worden ist. Der Redner betonte des öfteren, daß man nicht einer gesunden Binnenschifffahrt, die sich im wesentlichen auf den Wasserstraßen abspielt, widersprechen will. In einer Ueberspannung des Wasserstraßenprogramms sieht er aber eine Vergeudung an Rationalisierermitteln, die nicht nur das Reich auf Jahrzehnte hinaus mit überflüssigen Ausgaben belastet, sondern allmählich auch zu einem Zusammenbruch des Verkehrswesens führen müßte.

Allgemein führte der Redner gegen weitere Kanalbauten folgendes ins Feld: Auf der Eisenbahn und den Wasserstraßen Deutschlands machte der Güterverkehr im Jahre 1925 nur 81 Prozent des Verkehrs von 1913 aus. Die vorhandenen Verkehrsanlagen sind durchweg nicht ausgenutzt. Er hält auch den Rückgang im Güterverkehr, dem allerdings eine 37prozentige Zunahme im Personenvverkehr gegenüber steht, für dauern. Bei er wies er darauf hin, daß auf Grund der erheblichen Verbesserungen die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn um 50 Proz. später sogar um 75 Proz. gesteigert werden könnte. Soweit der Hansa-Kanal in Frage kommt, betonte der Redner, daß er, wenn man Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals in Ansatz bringe, schon heute nicht in der Lage sein würde, mit den gegenwärtigen gestaffelten Tarifen der Eisenbahn, mit deren allmählicher Herabsetzung der Redner rechnet, geschweige denn mit den Selbstkosten der Eisenbahn in Wettbewerb zu treten. Nach Gieses Berechnung stellen sich die Selbstkosten beim Hansa-Kanal auf das Vier- bis Fünffache der Selbstkosten der bestehenden Eisenbahn, so daß durch die Schiffsförderung ein Mehraufwand von jährlich 40 Millionen Mark zu Lasten der deutschen Volkswirtschaft entsteht. Gegen den Aachen-Rhein-Kanal führte der Redner ins Feld, daß jetzt schon die im Bereich des Kanals verlaufende Eisenbahn einen viermal so großen Verkehr, als man mit dem neuen Kanal zu bewältigen gedenkt, tatsächlich bewältigt und daß eine Steigerung durch billige Vervollkommnung der Bahn auf ein Vielfaches der jetzigen Leistung durchaus möglich ist. Wenn die Kanäle heute zu billigeren Tarifen befördert, liegt das daran, wie Giese unterstrich, daß Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals und meist auch noch ein erheblicher Teil der Unterhaltungskosten aus allgemeinen Mitteln gedeckt werden, wodurch nur einem ganz bestimmten Kreis der Bevölkerung genützt wird.

Abschließend erklärte der Redner, daß Kanalprojekte für den Arbeitsmarkt ohne durchgreifende Auswirkungen seien. Der Kanalbau vollziehe sich heute mit mechanischen Mitteln, Baggern usw., für die unelernte Erwerbellose verhältnismäßig wenig in Frage kommen. Der Kanalbau sei absolut keine produktive Erwerbsbeschäftigung. Andere Arbeitsgebiete, z. B. der Straßenbau, zeigten hier bessere Erfolge als der Wasserstraßenbau.

Die Reichsbank in der dritten Januarwoche.

Nach dem letzten Reichsbankausweis ist die Inanspruchnahme der Reichsbank in der Woche zum 22. Januar weiter erheblich zurückgegangen. Die gesamte Kapitalanlage in Wechseln, Lombarddarlehen und Effekten sank um 130,0 auf 1470,0 Millionen. Auffällig ist der weitere starke Rückgang der Wechsel- und Scheckbestände um 125,4 auf 1379,7 Millionen. Das Tempo dieses Rückgangs ist gegenüber der großen Steigerung aus dem Jahreende hin sehr stark, und man muß mindestens feststellen, daß die Reichsbank für ihr Wechselportefeuille aus der Diskontomäßigung keinen greifbaren Nutzen gezogen hat. Natürlich wird für das Urteil in dieser Frage mit entscheidend sein, wie stark die Banken zum Monatsende auf die Reichsbank zurückgreifen müssen. Der Bestand an Lombarddarlehen ist weiter um 4,4 auf 9,6 Millionen gesunken. In Uebersichtsumfassung mit der allgemeinen Geldmarktlage zeigt sich auf dem Konto der bei der Reichsbank deponierten Giroelder eine weitere Steigerung um 72,3 auf 1085,0 Millionen. Der Umlauf an Reichsbanknoten, der um 136,4 Millionen zurückging, hat mit 2976,7 Millionen die Drei-Milliarden-Grenze wieder unterschritten. Der Umlauf an Rentenbankscheinen ging um 25,6 auf 1021,7 Millionen zurück. Einen Rekord hat das Deckungsverhältnis der Reichsbanknoten durch Gold und Devisen erreicht: es ist von 74,5 auf 78,5 Proz. des Notenumlaufs gestiegen. Die Golddeckung der Noten beträgt 61,6 gegen 58,6 Proz. der Vorwoche, die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen sind nicht nennenswert verändert.

Eine Maschinenbau- und Hüttenfusion. Die Wilhelms-Hütte A.-G. für Maschinenbau und Eisengießerei in Sprottau und das Eisenhüttenwerk Marienhütte A.-G. Kottbus werden zu einer einheitlichen Unternehmung zusammengeschlossen. Die Wilhelms-Hütte nimmt die Marienhütte auf. Das 308-Millionen-Kapital der Wilhelms-Hütte wird zu diesem Zweck um 3,52 auf 6,6 Millionen erhöht. Man wird in dem Zusammenschluß der beiden Werke einen echten Rationalisierungssatz in dem Sinne zu erblicken haben, als sich ergänzende Produktionsgebiete und zum großen Teil in der gleichen Richtung verlaufende Absatzinteressen vereinigen. Insbesondere soll die gegenseitige Beteiligung, der gemeinsame Einkauf und die Zusammenlegung der laienmännlichen und der technischen Bureaus die Grundlage der beabsichtigten Ersparnisse bilden.

Normung des Automobilreifen. Auf Grund der Arbeiten des Normungsausschusses der Kraftfahrzeugindustrie sind erhebliche Fortschritte in der Typisierung und Normung der Reifenherstellung zu erwarten. Es ist gelungen, durch die Normung die Zahl der Reifengrößen von 53 auf 17, die Zahl der Gattungen von 7 auf 4 zu vermindern. Die Zahl der Größen für Vollgummireifen wurde von 48 auf 11 gekürzt. Für Kraitreifen erfolgte eine Verminderung der Reifengrößen von 25 auf 12. Auf Grund der inzwischen gesammelten Erfahrungen erwartet man für die Reifen von Personenkraftwagen in der Zukunft noch weitere Senkung der Typen um etwa 25 Proz.

Gas Krieg und Arbeiterschaft.

Eine Zuschrift.

Vom Genossen Dr. Marschal erhalten wir zur Frage der Ferngasversorgung eine Zuschrift, der wir gerne Raum geben:

„In dem Bericht des „Vorwärts“ über die Versammlung des Sachverständigenausschusses des Reichskohlenrates wird das Problem so dargestellt, als ob in den laufenden Verhandlungen zwischen den Zechen und den verbrauchenden Gasgemeinden der Arbeiterchaft überhaupt keine Wahl übrig bleibt“. Durch diese Darstellung kann die Initiative der Arbeiterchaft in den Gemeinden, in den Gewerkschaften und in der Partei in ein falsches Fahrwasser hineingedrängt werden. Denn in Wirklichkeit erschöpft sich die Frage nicht durch die beiden Möglichkeiten: entweder Gemeinde-Gasanstalt oder privates Gasmonopol der Ruhr. Es erscheint vielmehr durchaus erwägenswert, ob man nicht die Vorteile der Ferngasversorgung ohne die Nachteile des unbedingten Privatmonopols der Volkswirtschaft zur Verfügung stellen kann. In den Enteignungs- und Bezugsrechten hat die öffentliche Hand ein Mittel, um entscheidende Beteiligung an den Ferngasleitungen zu erreichen; dabei wäre es sehr wichtig und durchaus zeitgemäß, schon jetzt gegen die Zersplitterung der Enteignungsrechte Maßnahmen zu ergreifen, um so die auf dem Gebiet der Elektrizität gemachten trübten Erfahrungen hier nicht mehr zu wiederholen, sondern von vornherein ein einheitliches Reich für das Reich anzustreben. Ueber dem gemeinschaftswirtschaftlichen Betrieb der Gasleitungen mit garantierter Mehrheit der öffentlichen Körperschaften ist ferner auch eine öffentlich-rechtliche Kontrolle der Gaspreise durch Organisations der Erzeuger und Verbraucher (z. B. Reichskohlenrat, dessen Beiräte entsprechend erweitert werden müßten) vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus durchaus zu vertreten. Hingegen sollte man sich — und hierin ist dem „Vorwärts“ zuzustimmen — nicht von der Ruhrindustrie verprochenen Abstellung des Gaspreises auf den jeweiligen Kohlenpreis nicht begnügen, da dadurch nicht der gesamte Fortschritt, der in der Steigerung der aus einer Tonne Kohle erzeugten Gasmenge, vor allem aber in den Verwertungsmöglichkeiten der Nebenprodukte liegt, der Gesamtheit zugute kommen müßte. Eine unmittelbare Kontrolle des Gaspreises wäre imstande, die technischen Vorteile des Großbetriebes im Vergleich mit kleinen und mittleren Gaswerken im Sinne der Preisoberbälligung auszunutzen.

Ich habe schon in einem früheren Schreiben an den „Vorwärts“ (Nr. 14 d. J.) darauf hingewiesen, daß auch kommunale Großwerke von genügender Ausdehnung wirtschaftlich mit den Zechen Gaswerken verglichen werden können, dann aber nur, wenn die sich bei dem Zechenbetrieb ergebenden Kohlenstrahlerparnisse (rund 1 Pf. pro Kubikmeter Gas bei den heutigen Frachten und 500 Kilometer Entfernung) vernachlässigt werden. Eine stärkere Initiative der Gemeindegroßwerke im Sinne einer einheitlichen Versorgung ausgedehnter Abgabengebiete kann also noch wohl als Konkurrenzplan gegenüber dem Ruhrplan in Betracht kommen, und die neueren Darlegungen von der Seite der Braunkohlenindustrie haben ebenfalls den Glauben an die Konkurrenzlosigkeit des Ruhrplanes erschüttert. Vorläufig ist aber die Fühlung zwischen den einzelnen Gemeinden noch nicht groß genug, um der Initiative des Ruhrbergbaues eine ebenso starke Initiative gegenüberzustellen, die nicht nur Kritik, sondern auch ein Programm positiver Eigenarbeit enthält. Deshalb ist es zweckmäßig, daß die Arbeiterchaft nicht nur über die möglichen Schattenseiten des Ferngasplanes informiert wird, sondern auch darüber, daß man bei der Verwirklichung dieses wichtigen technischen Gebotens die drohende Monopolgefahr abwehren kann.

Hankau.

Von Dr. Schuster, vormals Leiter der Realschule in Hankau.

Hankau, augenblicklich der Mittelpunkt der chinesischen Unruhen, liegt etwa 800 Kilometer stromaufwärts von Schanghai am Jangtse, dessen Durchschnittsbreite hier noch 2 Kilometer beträgt, die aber beträchtlich zunimmt, wenn im Sommer die tibetischen Schmelzwasser zum Ocean rollen. Nach vierstägiger Reise auf einem Flußdampfer, von deren mindestens zwei täglich nach Hankau abgehen, erreicht man die Stadt. Die Fahrt ist eine geographische Wanderung ohne Gleichen. Noch weit hinter der Mündung ein uferloses, trübgrünes Meer mit grünen Inselchen und Lagunen, lebhaft befahren von hunderteiligen Fischerbooten, Schaluppen, Rähnen und Dampfern, gräbt der Jangtse scharf sein Bett in die zittige Lehmede. Wie er selbst auf seinem Wege zum Meere aufgeschüttelt, unermüdlich neu befruchtend. Auf schwarzem Fels, hoch in die Lüfte ragend, steht mitten im Fluß ein einsames Kloster. Hütten und kleine Ansiedlungen, umgeben von Weiden, Feldern und mannshohen Kaulangweiden gleiten an den Ufern dahin. Kleine Häfen bieten Schutz den fleißigen Fischerbooten und große den Flußdampfern, die in den Hauptorten wie Kanjing, Kiu-Kiang usw. in kurzer Rast ihre Passagiere und Waren verladen. Der Anlegeplatz wimmelt von Menschen: von Kulis, die mit einseitigem Gesang die Lasten von und nach dem Schiffe schleppen und Händler, die Wasen, Tassen, Ton- und Kupferwaren den Fremden, dampfenden trockenen Reis, gebadene Fische, Fleisch, Gemüse, Süßigkeiten und erfrischende Zuckerrohrstücken den arbeitenden Chinesen anbieten. In Lumpen gewickelte Bettler schwimmen auf trogähnlichen Schiffelein, das ihre Familie und ihre ganzen Habseligkeiten trägt, unter lautem Geschrei heran und danken strahlenden Gesichts durch fortwährende Verbeugungen für die Kupferstücke, die ihnen gespendet werden.

Die Beihgen, die für die Ueberfahrt nach Hankau 40—50 mexikanische Dollar (= 80—100 M.) zu zahlen haben und dafür noch allen Regeln der englischen Kolonialkochkunst verpflegt werden — auch auf den Schiffen der chinesischen Linien, die es jetzt neben englischen und japanischen gibt — bewohnen natürlich die Deckkabinen. Im Zwischendeck — gegen geringeren Fahrpreis, aber ohne Bett und ohne Beköstigung und zu Hunderten in dem langen, niedrigen, dunklen Raum — werden die Chinesen untergebracht, und selbst die Reichen und Vornehmen unter ihnen können höchstens die „Erste chinesische Klasse“ benutzen, es sei denn, daß sie ihr schönes heimatisches Gewand veräußern und mit Smoking und Hatard-Bogd-Brille demütig lächelnd unter den stolzen Herren des Landes auf dem Promenadenweg wandeln!

Am dem Nordufer des Jangtse, über 4 Kilometer langgestreckt, liegt Hankau. Das Ufer selbst, eine breite, schöne Promenade, der „Bund“ genannt, und zwei dazu parallele Straßen dahinter nebst deren Querverbindungen zum Fluß ist die Stadt der Fremden, der Herrscher Hankaus. Ihr schließt sich in unabsehbarer Häusergewinnung und einem undurchdringlichen Netz von engen Straßen und Gassen die Chinesenstadt an. Strogedeckte Bauernhäuschen und amfällige Hütten an der Peripherie grenzen sie ab von der grauen, einseitigen, endlosen Ebene des Jangtsetales. An der Mündung des Hanflusses bei Hankau liegt Chinas größte Industriestadt Hanjang, das „Eisen“, mit seinen Eisenwerken und dem wichtigen Arsenal. Hankau gegenüber, mit der Dampfschiffahrt in 20 Minuten erreichbar, liegt die alte schöne Hauptstadt Wuchang mit ihren altägyptischen Mauern und dunklen Loren steil vom Ufer auf. Diese drei Städte bilden eine der lebhaftesten Menschenansiedlungen unserer Erde, und man geht nicht fehl, wie man, vorsichtigen Kennern folgend, die Zahl der hier lebenden Chinesen auf weit über 3 Millionen angibt. — Die Geschichte der Hankauer Fremdenkonzessionen ist dieselbe wie die der anderen wichtigen Häfen und Handelsplätze Chinas, die die Fremden an sich gerissen haben. Als die chinesische Regierung um das Jahr 1840 gegen die gefahrliche Einfuhr des Opiums durch die englische Ostindienkompanie vorging, schützten englische Soldaten ihre rechtbrecherischen und räuberischen Landsleute in einem niederträchtigen Kriege, der dann zu einem zweiten, ebenso ungerechtfertigten Feldzuge führte, in dem u. a. Kanton fürchterlich verwüstet wurde. Die Chinesen, dem Krieg abhold wie kein zweites Volk der Erde, wurden in den Verträgen zu Kanjing und Tientsin zur Oeffnung ihrer wichtigsten Häfen (Kanton, Schanghai und vieler anderen, auch Hankau, der als Ausfuhrhafen an sechster Stelle steht) gezwungen. Und nun stürzten sich die Völker Europas auf ihr Opfer, um es auszuschlachten, und bald war das ehrwürdige, friedliche und kluge China der Tummelplatz einer wilden Soldateska und ähnlicher Kulturträger des Abendlandes. So kam auch Hankaus wertvollster Teil, sein 4 Kilometer langes Ufer, in den Besitz der Fremden, die es unter sich aufteilten und damit zu fünf selbständigen Gemeinden (einer japanischen, deutschen, französischen, russischen und englischen) mit völlig unabhängiger Verwaltung, eigener Polizei und eigener Gerichtsbarkeit durch den Konsul (Exterritorialität) wandelten. In der oben angegebenen Reihenfolge liegen die Konzessionen am Fluß. Die Amerikaner, so stark und wichtig sie auch vertreten sind, haben keine Konzessionen, ebensowenig die Italiener, Holländer und Portugiesen, die allerdings auch nur unbedeutende Niederlassungen in Hankau unterhalten. Der Hauptnerv von Hankaus Handel und Verkehr ist der „Bund“. Seine Wahrzeichen sind die gerölligen Bankpaläste, die hohen Bureau- und Lagerhäuser und die vornehmen Konsulate. In tropische Gärten verdeckte Villen zieren ihr. Die Autos und Wagen der Kaufleute, der Agenten und Koffer jagen auf und ab, unzählige Rikschas rollen über den heißen Sand, von schweißtriefenden Kulis, den Vermissen der Armen, gezogen, und Tausende von Arbeitern kauften unter den schweren Lasten, die sie von den Schiffen nach den Lagerhäusern schleppen: große Ballen getrockneter Alndohäute, Baumwolle, Del, für den Export bestimmt, oder Kisten der aus dem Ausland eingeführten Waren. Unermüdlich arbeiten die Chinesen, und erst zur Offensivende haben sie sich behaglich schweigend nieder — und dies bei einem Tageslohn, der im Jahre 1923 etwa 40 Pf. betrug.

(Schluß folgt.)

Natürlicher und künstlicher Kautschuk.

Von Dipl.-Ing. Dr. Arthur Hamm.

Selbst es im Jahre 1828 dem großen Chemiker Wöhler zum erstenmal gelang, einen im Lebensprozeß des tierischen Körpers gebildeten Stoff, nämlich den Harnstoff, künstlich herzustellen, ist die organische Chemie von Erfolg zu Erfolg geschritten und hat zahlreiche solche Stoffe, die bisher nur die Natur in ihrer geheimnisvollen Werkstatt herstellte, nachgebildet. Was bis dahin als unmöglich galt, weil es nur durch die noch immer vorausgesetzte geheime Lebenskraft ermöglicht werden sollte, hat sich dann in der Retorte des Chemikers in vollen Tageslichte vollzogen. Einer der größten Erfolge, den die Chemie auf diesem Gebiete errang, war die

Gefunden!



„Bruder, an mein Herz! Den Nobelpreis können sie mir ja doch nicht wieder abknöpfen!“

synthetische Darstellung des Indigos, dieses in aller Welt gebrauchten Farbstoffes, der den Ursprungsländern eine gewaltige Einnahme brachte. Durch die geniale Tat Adolf Baeyers wurde der Ursprung nach Europa und speziell nach Deutschland verlegt und im wirtschaftlichen Gefüge der Welt eine ganz neue Ordnung geschaffen. Hand in Hand damit ging eine starke Preiserhebung, die zur Folge hatte, daß der Indigo heute wohl ausschließlich industriell gewonnen wird. Daß das auch Nachteile hat, nicht nur für die bisher Indigo liefernden Länder, ist klar, aber die wirtschaftlichen Befehle fragen nicht danach.

Seit einigen Jahrzehnten ist ein ähnlicher Prozeß im Gange, der aber den entgegengelegten Ausgang zu nehmen scheint, soweit man bisher urteilen kann. Er betrifft den Kautschuk, einer der kostbarsten Rohstoffe, den die Tropen an Europa liefern. Sein Preis ist für einen Rohstoff enorm hoch, der Kautschuk, ihn künstlich herzustellen, daher entsprechend groß. Vor 20 Jahren kostete ein Kilo Kautschuk noch 13 Mark, der Weltverbrauch war noch wenig entwickelt und betrug etwa 60 000 Tonnen. Damals begann der vor einigen Jahren verstorbene große Chemiker Harries, ein Schwiegerjohn Berner Siemens, mit den Versuchen, ihn künstlich — oder synthetisch, wie die Chemiker sagen — darzustellen. Eine solche Synthese ist immer eine sehr schwierige Aufgabe, denn die Moleküle der organischen Körper sind ungemein kompliziert aufgebaut. Zwar gehört der Kautschuk den sogenannten Kohlenwasserstoffen an, d. h. er besteht nur aus Kohlenstoff und Wasserstoff, aber in einer so verwickelten Zusammenfassung, daß eine Nachahmung geradezu unmöglich erscheint. Damals, als Harries mit seinen Versuchen begann, war die genaue Zusammenfassung noch gar nicht bekannt, und es galt erst einmal, sie zu eruieren. Bis dahin hatte die chemische Wissenschaft sich um den Kautschuk noch wenig gekümmert, legt er machte das Interesse dafür, und eine Zeitlang war der Kautschuk dem chemischen Prozeß, die Beschäftigung damit wurde allgemein. Dieses Interesse fand seinen stärksten Ausdruck auf der Tagung des Vereins deutscher Chemiker in Freiburg i. B. im Jahre 1912, die ganz im Zeichen des Kautschuks stand. Damals gab Harries die von ihm aufgefunden Formel für die Zusammenfassung des Kautschukmoleküls bekannt, die zu kompliziert ist, um hier wiederholt zu werden. Wie kompliziert, das deutet allein ihr Name an. Sie hieß nämlich Dimethylheptadecadienformel, was dem organischen Chemiker recht einfach, dem gewöhnlichen Menschen aber reichlich kompliziert erscheint. Jedenfalls schien das Geheimnis des Kautschuks, an dessen Entschlüsselung sich namentlich die Chemiker der Oberfelder Farbenfabriken lebhaft beteiligt hatten, gebrochen zu sein, der Weg für die Synthese war frei.

Aber das war Trug. In den folgenden Jahren wurde immer noch über die Zusammenfassung gestritten, und 1914 gab Harries bereits seine zwei Jahre vorher gefundene Formel preis. In den inzwischen verfloffenen zwölf Jahren sind wir eigentlich auch nicht mehr weiter gekommen. Was wir heute wissen, ist, daß der Kautschuk gar nicht „ein“ Kohlenwasserstoff ist, sondern ein Gemenge vieler Kohlenwasserstoffe, die sich untereinander wohl ähnlich sind, die aber in ganz wechselnder Zusammenfassung das ausmachen, was wir Kautschuk nennen. Und weiter wissen wir, daß bei den Eigenschaften des Kautschuks die ihm beigegebenen Harze, die doch eigentlich Verunreinigungen sind, eine sehr wichtige Rolle spielen.

Nun darf man natürlich nicht annehmen, daß darum die Versuche, den Kautschuk synthetisch zu gewinnen, geruht hätten oder heute aufgegeben wären. Selbstverständlich kann man solche Versuche auch auf Grund unvollkommener Kenntnisse vornehmen, der erfahrene Chemiker weiß ja ungefähr, welchen Weg er einzuschlagen hat. So sind sowohl Harries wie auch den Oberfelder Farbenfabriken verschiedene Stoffe gelungen, die dem natürlichen Kautschuk sehr nahe kommen. Daß sie ihn nicht ersetzen können, geht schon daraus hervor, daß es sich dabei um chemisch einheitliche Körper handelt und daß die so wichtigen Harzverunreinigungen gänzlich fehlen. Aber viel schwerwiegender als das war die Preisfrage. Denn die „natürliche“ Konkurrenz der chemischen Industrie hatte nicht geruht. Als Harries seine Versuche begann, wurde der Kautschuk noch auf alte Weise gewonnen, indem man den wildwachsenden Kautschukbäumen die Rinde entriß, so daß der Saft herauslief, der dann gerann und so den kostbaren Stoff bildete. Bald darauf aber fing man an, diese Pflanzen in eigens geschaffenen Plantagen anzupflanzen, und damit wurde nicht nur die Menge des anfallenden Kautschuks erhöht, sondern auch die Gewinnung außerordentlich viel einfacher und gefahrloser. Als der Versuch erst einmal gelungen war, schossen überall in den Tropen die Kautschukplantagen aus dem Boden hervor, so daß heute, trotz des riesenhaft gestiegenen Weltverbrauchs an Kautschuk, eine Ueberproduktion besteht. Sie hatte die natürliche Folge, daß der Preis immer weiter und weiter sank. Zuletzt standen die Plantagen vor der Frage, ob sie nicht am liebsten der bevorstehenden Unrentabilität schlichter sollten. Hier hat dann der Stevenson-Plan Abhilfe geschaffen, der eine Einschränkung der Anpflanzung und Erzeugung vorsah und dadurch den Preis auf einer gewissen Höhe stabilisiert hat. Gegenwärtig beträgt er nicht ganz 4 Mark für das Kilo.

Natürlich haben dadurch die Aussichten der chemischen Industrie schwere Einbuße erlitten. Zwar erscheint der Spielraum auch jetzt noch groß genug, wenn man bedenkt, daß die Grundstoffe des Kautschuks, Kohle und Wasserstoff, nur etwa 2 Pfennig das Kilo kosten, aber so einfach liegt die Sache denn doch nicht. Die Synthese beginnt nicht bei diesen Bausteinen, sondern bei schon erheblich komplizierteren und darum teureren. Denkbar aber wäre es, daß irgendein Prozeß, etwa die Kohlenverflüchtigung oder dergleichen, zu billigerem Preise einen Stoff, vielleicht einen Abfallstoff, liefert, der sich dazu eignet, den Prozeß der Kautschuksynthese von neuem zu versuchen. Gegenwärtig ist allerdings nichts davon zu sehen. Aber jeder Tag kann Heberrollungen bringen.

Das Märchen.

Von Mezei Tassilo.

Das Bild.

Einmal bekam das Schwein den Wunsch, eine Landschaft zu malen. Es näherte sich der Planke, wälzte sich im Schmutz, und dann streifte es mit seinen schmierigen Hüften an der Planke herum. Das Bild war fertig.

Das Schwein entfernte sich ein wenig, blinzelte und grunzte. Da sprang ein Star dazu, hüpfte vor das Bild, piepste und sprach: „Schlecht langweilig.“

„Wie?“ meinte das Schwein, wurde unzufrieden und verjagte den Star.

Es kamen Truthennen, nickten mit den Hälsen und sagten: „Wie lieb, wie lieb!“

Und der Truthahn schlug mit den Flügeln herum, blies sich auf, daß er ganz rot wurde und krächzte: „Was für ein großes Wert!“

Kam ein abgemagerter Hund herbeigelaufen, beschmupperte das Bild und sagte:

„Nicht schlecht, mit Gefühl... Arbeiten Sie nur so weiter!“

Und hob das Hinterbein auf.

Über das Schwein würdigte ihn keines Blickes.

Das Schwein lag auf der Seite, hörte den Lobreden zu und grunzte.

Um diese Zeit kam ein Maler, stieß das Schwein mit dem Fuß und begann, die Planke mit roter Farbe zu bemalen.

Das Schwein quieschte und lief zum Viehhof.

„Mein Bild ist vernichtet! Der Maler hat es mit Farbe beschmiert... Dieses Leid kann ich nicht überleben...!“

„Barbaren, Barbaren...“ gurrte die Taube.

Auf dem Viehhof schrie alles ach und weh, man tröstete das Schwein, und nur der alte Ochse sprach:

„Es liegt, es wird die Sache schon überleben.“

Das Mäuschen.

Über den heißen Schnee läuft das Mäuschen, hinter sich einen schmalpurigen Weg lassend, den die Abdrücke seiner Füßchen gezeichnet haben.

Das Mäuschen denkt nichts; denn sein Gehirn ist kleiner als eine Erbse. Das Mäuschen fand im Schnee einen Lammzungenpfeil und blinzelte ständig mit dem kleinen Auge, ob der Rarder nicht in der Nähe war.

Der böse Rarder aber trock schon nach der Spur des Mäuschens und lehrte mit seinem roten Schwanz den Schnee.

Er hat das Maul schon aufgerissen und wartet nur auf den Augenblick, wo er sich auf das Mäuschen stürzen wird...

Das Mäuschen aber zertrugte sich plötzlich die Nase an dem Zapfen. Und vor Schreck fiel es in den Schnee, tief hinunter, nur sein Schwänzchen wackelte. Und es ist verschwunden.

Der Rarder knirschte mit den Zähnen. So ein Pech! Und der Rarder wanderte gemächlich auf dem weißen Schnee weiter. Bös, hungrig — wohl dem, der ihm nicht begegnet!

Und das Mäuschen hatte über diesen ganzen Vorfall überhaupt gar keine Gedanken gehabt; denn sein Gehirn ist kleiner als eine Erbse. So ist die Sache.

Der Rater Bahjta.

Bei dem Rater Bahjta brachen wegen Alterschwäche nach und nach alle Zähne aus. Und wie groß war sein Vergnügen, wenn er Zähne jagen konnte!

Ganze Tage lang liegt er nun vor dem warmen Ofen und denkt: Wie könnte ich meine Zähne in Ordnung bringen...?

Und er kam wirklich darauf, ging kurzerhand zur alten Zauberin.

„Großmütterchen!“ murrte der Rater, „kaufe mir meine Zähne aus, gib mir schwarze, eiserne, die meinigen habe ich mir schon lange abgebrochen!“

„Nun, meinnetwegen!“ sagte die Zauberin, „aber dafür wirst du mir das geben, was du mit den neuen Zähnen als erste Beute erwischen wirst.“

Der Rater schwor, nahm seine eisernen Zähne und lief nach Hause.

Bei Nacht aber ist er ungeduldig, geht von Zimmer zu Zimmer und schnuppert nach den Mäusen.

Wichtig kimmerte etwas, gerade vor ihm. Er warf sich darauf, aber verfehlte sein Ziel.

Er ging weiter — und wieder kimmerte etwas.

„Warte mir,“ dachte der Rater Bahjta, „lieb stehen, schielte, drehte sich um und wirbelte wie ein Kreis, erfaßte mit den eisernen Zähnen seinen eigenen Schwanz.“

Und in der Sekunde tauchte die alte Zauberin auf.

„Gib mir,“ sagte sie, „den Schwanz gemäß unserem Uebereinkommen.“ Der Rater murrte, miaute, überstürzte sich vor Tränen.

Nichts zu machen! Er gab ihr den Schwanz und blieb zurück — tupierte. Tagelang liegt er vor dem Ofen und denkt:

„Oh, wäret ihr geblieben, wo ihr wart, ihr eisernen Zähne...!“

(Deutsch von H. Wasserbauer.)

Arbeitersport.

Fußballresultate vom 23. Januar.

Schneebedeckte Felder und harter Boden waren die Merkmale des letzten Spieltags. Trotzdem waren die Plätze durchwegs alle spielfähig. Aber auch an Überforderungen fehlte es nicht. Im Norden gelang es Almannia dem Spitzenspieler Adler 08 einen Punkt abzugewinnen. Vor weit über 1000 Zuschauern entwickelte sich ein Spiel, wie es die Fans von den bürgerlichen Vereinen im Ort noch nicht gesehen haben. Bis zur Pause führte Adler mit 2:1. Nach derselben kam Almannia mehr und mehr auf und konnte in Führung gehen, doch gleich Adler immer wieder aus. Der Schlusspfiff trennte die Gegner mit dem 4:4-Resultat. Die technisch bessere Mannschaft stellte Almannia, doch verwarf Balllinks so manche Formmöglichkeit, da er nur mit einem Bein spielen kann. Spandau 25 sicherte sich weiterhin die Führung in seiner Abteilung durch einen 4:2-Sieg über Storken. Trotzdem bleibt Rathenow noch immer ein ernsthafter Konkurrent. Die Siemensstädter wurden von ihnen mit 3:7 geschlagen. In Abteilung O führt Pantow 08, die die Eisenbahner mit 12:1 geschlagen nach Hause schickten. Adler 12, der zweite der Abteilung, gewann gegen den Turnverein Pantow über mit 4:1. Auch Borussia konnte die Führung gegen Sombert behaupten (7:2). — Im Osten gelang es Lichtenberg III dem Spitzenspieler Sparta 11 eine empfindliche Schlappe zu bereiten. Mit 8:1 geschlagen wuchsen die hegenwöhnten Spartaner das Feld räumen. Lichtberg III leistete gegen Oberspreewald nicht den erwarteten Widerstand. Mit 1:7 trat Lichtberg die Heimreise an. Gretha 22, der zweite der Tabelle, erlitt keine zahlreichen Anhänger durch eine 1:6-Niederlage gegen Brandenburg 02. Feinade wäre es um Lichtenberg I gegangen. Nur knapp mit 2:1 gelang es, die Reichendorfer, die großen Eifer an den Tag legten, zu schlagen. — Im Südwesten hat Stern-Rosenthal durch den 5:2-Sieg über Lindenwäldchen Y die Abteilungsmeisterschaft so auf wie sicher. — Weitere Resultate: Rossmann gegen Britannia 3:2. Wriessan gegen Teptower Fußballklub 2:4. Verein für Bewegungsspiele gegen Schalau 04. Nicht-Südost gegen Reich-Preis 6:0. Reußen gegen Alt-Ollsenide 2:7. Woltersdorf gegen Lichtenberg II 1:4. Komel gegen Friedrichshagen 3:0. Verallina gegen Zillerhof 3:0. Neuföhner Fußballklub gegen Gretha-Lindenwäldchen 2:6. Kirchmöser

gegen Titane 3:1. Reichenhof gegen Potsdam 7:7. Mittenau gegen Minerva 0:6. Nicht-Roth gegen Birkenwerder 6:1. Arbeiter-Sport-Verein 24 gegen Gretha-Greifswald 9:2. Rochlitz gegen Zeitz 13:1. Einigkeit gegen Bernau 2:2. Heineke gegen Union 4:5. Badar 24 gegen Nicht 24 1:0. Bornharts-Hennigsdorf gegen Roth-Oranienburg 13:0. Völlen gegen Danks 5:1. Weihenstepfen gegen Johannisthal 4:1. Wannsee gegen Fortuna 1:1. Viktoria gegen Schwanenort 4:0. Schönberg gegen Lindenwäldchen III 0:1. Vorländerer Sportklub gegen Woltersdorf 2:0.

Handballberichte vom 23. Januar.

Auf dem Vereinsweg der Freien Turnerschaft Groß-Berlin fanden sich die Vereinsmannschaften der Freien Turnerschaft Groß-Berlin und Eisenbahner. Die Jugendmannschaften betraten als erste das Feld, das durch den Schnee etwas glatt war und dadurch die Leistungen beeinträchtigte. Groß-Berlin war vollständig überlegen und konnte 10 Tore einbringen; Teufel gelang es 10 Minuten vor Schluss, das Schiedsamt zu erreichen. Die Frauenmannschaft hatte zu tun, um gegen Teufel zu bestehen. Nur durch das unglückliche Fehlen des Torwächters gelang es ihnen, einen Korbwurf durch den Mittelstürmer zum ersten Tor zu verhindern, dem in der zweiten Halbzeit Nr. 2 folgte. Die Korbwerfer und Verteidiger Teufels waren auf ihren Plätzen, während bei Groß-Berlin der linke Verteidiger seinen Posten nicht noch ausfüllte. Groß-Berlins Männermannschaft hatte den Anwurf, und es gelang ihnen nach einer Viertelstunde, durch den Mittelstürmer zum ersten Tor einzulanden. Teufel kann bald darauf den Ausstoß befehlen. Groß-Berlin kann nach dem zweiten Tor schließen; bald darauf geht es in die Pause. Die zweite Halbzeit verlief für beide Mannschaften torlos, aber ein Unentschieden wäre dem Spielverlauf nach besser gewesen. Von einer Ueberlegenheit ironischer Mannschaften kann keine Rede sein.

Schlüsser Groß-Berlin-Rosenthal gegen Hennigsdorf 4:1 (3:0). Jugend: Oberspreewald gegen Nicht 20 2:1 (1:0). Eisenbahner II gegen Sparta II 4:0 (3:0). Nicht 4 gegen Nicht 5 4:0 (2:0). Nicht 16 gegen Groß-Berlin-Rosenthal 2:0 (0:0). Groß-Berlin-Rosenthal gegen Eisenbahner II 5:1 (3:0). Groß-Berlin-Bereinsmannschaft gegen Teufel 10:1 (3:0). Nicht 1 gegen Alt-Ollsenide 1:1 (1:1). Nicht 3 gegen Adlershof 1:0 (0:1). Nicht 3 II

gegen Nicht 10 1:0 (0:0). Ruppelhammer I gegen Teptow 3:1 (1:0). Frauen: Adlershof I gegen Lindenwäldchen I 2:1 (0:1). Groß-Berlin-Bereinsmannschaft gegen Teufel 2:0 (1:0). Nicht 20 gegen Nicht 1:0 (0:0). Roabit II gegen ESC nicht anwesend. Roabit I gegen Groß-Berlin-Rosenthal 1:0 (0:0). Brandenburg 2. Abteilung gegen Rosenthal-Bereinsmannschaft 4:0 (4:0). Nicht 4 gegen Nicht 5 6:0 (3:0). Nicht 3 I gegen Spandau 2:0 (2:0). Wriessan: Groß-Berlin-Bereinsmannschaft gegen Teufel 2:1 (2:1). Nieder-Spreewald gegen Groß-Berlin-Rosenthal 3:4:1 (3:0). Nicht 4 I gegen Nicht 5 1:0:1 (0:0). Nicht 4 II gegen Brandenburg 2. Abteilung 1:4 (0:4). Alt-Ollsenide gegen Nicht 3 II 3:1 (1:0). Sparta I gegen Rosenthal-Bereinsmannschaft 1:1 (1:0). Ruppelhammer I gegen Teptow U 1:0 (1:0). Steinfurt I gegen Teptow I 0:3 (0:1). Nicht 21 gegen Nicht 8 1:1:5 (1:0). Spandau II gegen Nicht 13 II 2:0 (0:0). Spandau I gegen Nicht 13 I 4:0 (2:0). Brandenburg 1. Abteilung I gegen Roabit 1:1:0 (0:0). Nicht 12 II gegen Nicht 3 III 1:0 (0:0). Artur gegen Nicht 2:0:0. Brandenburg 1. Abteilung II gegen Roabit II 1:0 (1:0). Lindenwäldchen 3. Abteilung I gegen Rudow-Collage 2:1 (0:0). Alpenid gegen Freie Rauschdorfer 4:0 (3:0). Schwanenort gegen Nicht 1 2:0 (0:0). Nicht 3 I gegen Nicht-Roth 1:0:2 (0:0). Groß-Berlin-Rosenthal gegen Nicht 19 2:5 (0:0). Nicht 12 gegen Groß-Berlin-Rosenthal 1:0:3 (0:1).

Hochenspiele vom 16. Januar.

Der Athletik-Sportklub unterzog im Rückspiel gegen die Freie Turnerschaft Groß-Berlin-Rosenthal II 2:1. Sportverein Nicht-Roth wollte zu einem Freundschaftsspiel bei den Eisenbahner Sportlern. Lindenwäldchen hatte einen Erfolg einsehelt und konnte in den ersten zehn Minuten dominieren. Aber dann war es vorbei, und Nicht-Roth zeigte im zweiten und dritten Teil eine klare Überlegenheit 5:0. Freie Turnerschaft Lindenwäldchen 2 gewann gegen Sportverein Nicht 12 6:2 und Sport. Verein. Rosenthal gegen Sportverein Nicht 1 3:1. Freie Turnerschaft Charlottenburg III gegen Athletik-Sportklub 2 1:0. Sportverein Nicht 1 II gegen Nicht 10 II 5:2.

In allen unseren Warenhäusern beginnen
am 31. Januar
unsere



Wir führten die „WEISSE WOCHE“ in Deutschland ein.

Unsere „WEISSE WOCHEN“ waren und sind eine Sehenswürdigkeit, eine Gelegenheit, gute Waren zu billigsten Preisen zu erstehen.

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Belle-Alliance-Str. * Brunnenstr. * Kottbuser Damm * Wilmersdorfer Strasse * Grosse Frankfurter Str. * Chausseestr.